

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.21 - 60. Jahrgang

30. Oktober 2010

Rede von Klaus Wowereit: „Kulturpolitik für Berlin“

Das Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie lädt zur nächsten Veranstaltung in seiner Reihe „Die Rede“ ein. Am Montag, d. 1. November spricht Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit zum Thema „Kulturpolitik für Berlin“.

Beginn ist um 19:30 Uhr in der Landesvertretung Bremen. Klaus Wowereit wird begrüßt von Dr. Kerstin Kießler, Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und Winfried Sühlo, Vorsitzender Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie. Im Anschluss an die Rede besteht die Möglichkeit zum Gespräch bei einem Glas Wein oder Wasser und einem kleinen Imbiss. **BS □**

➔ Montag, 1.11.2010, 19:30 Uhr, Landesvertretung Bremen, Hiroshimastraße 24, 10785 Berlin-Tiergarten Bus 100, 106, 187 (Lützowplatz); M 29 (Hiroshimasteg); 200 (Hildebrandstraße)

Landesparteitag: Mehr Jobs, mehr Daseinsvorsorge

Am 13. November lädt die Berliner SPD zu einem Landesparteitag, bei dem die Themen „Sozialstaatliche Daseinsvorsorge und Rekommunalisierung“ sowie „Neue Industrialisierung“ im Mittelpunkt stehen. Nach einem Grußwort von Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidentin Hannelore Kraft steht eine Rede des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit auf der Tagesordnung. In einem Gastbeitrag wird Prof. Brigitta Schütt, Vizepräsidentin für Forschung der Freien Universität Berlin, die Gründungsförderung ‚Profund‘ erläutern. Der Nachmittag ist den Antragsberatungen vorbehalten.

➔ Landesparteitag der Berliner SPD, Samstag, 13. November 2010, Beginn: 9:30 Uhr (Einlass ab 8:30 Uhr). Seminaris Campus Hotel Berlin-Dahlem, Takustr. 39, 14195 Berlin. Alle Anträge unter www.spd-berlin.de/lpt2010-11.

Wahl 2011:

„Politik für das ganze Berlin“

Klaus Wowereit: Ein Zukunftsbündnis schaffen

Die Berliner SPD hat auf einer Klausurtagung des Landesvorstands den Fahrplan für die Erstellung ihres Programms für die Berlinwahl am 18. September 2011 festgelegt. „Wir suchen ein Zukunftsbündnis mit allen Berlinerinnen und Berlinern, die nicht nur an einen Teil dieser Stadt und ihrer Menschen denken, sondern die das ganze Berlin voranbringen wollen“, so der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit.

In den ersten „Überlegungen zum Regierungsprogramm 2011-2016 der Berliner SPD“ macht Klaus Wowereit den Anspruch der Berliner SPD deutlich, auch weiter „Verantwortung für das ganze Berlin“ zu tragen. Sozialer Zusammenhalt, Teilhabe und Integration sind daher eine wichtige Säule im Programm. Eine weitere Säule ist der Bereich Arbeit und Wirtschaft, die Schaffung zukunfts-trächtiger und guter Arbeitsplätze.

Die Erarbeitung des Programms liegt in den Händen einer Programmkommission unter Leitung von Hella Dunger-Löper. Ihr gehören zudem die Mitglieder des Ge-



Stellte die Überlegungen zum Regierungsprogramm vor: Klaus Wowereit. Foto: Horb

schäftsführenden Landesvorstands der Berliner SPD an. In den kommenden Wochen will die Kommission Papiere und Anregungen aus der Partei aufnehmen, ein erster Programmwurf soll dann erstellt und zu Beginn des kommenden Jahres im Internet auch öffentlich diskutiert werden können.

Die Berliner SPD wolle ein Berlin des Mit-einanders, so Klaus Wowereit. Die Berlinerinnen und Berliner lud er ein, sich an der Programmdebatte zu beteiligen.

siehe auch Seite 7

„Arroganz der Macht“

Scharfe Kritik der SPD am Atomkonzept der Bundesregierung

Die SPD wird die Atompläne der Bundesregierung vor das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe bringen. Das kündigte der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel am Donnerstag an.

Das Atomgesetz sei von Schwarz-Gelb im Schnellverfahren abgenickt worden, sagte SPD-Fraktionsgeschäftsführer Thomas Oppermann. Der schwarz-gelben Mehrheit warf er im Bundestag eine „Arroganz der Macht“ vor. Wichtige Fragen zu Auswirkungen der Atomverträge seien nicht beantwortet worden. In Berlin fanden zeitgleich Protestaktionen statt.

Die Bundesregierung spalte die Gesellschaft da, wo sie schon einig war, so der

Vorwurf von Sigmar Gabriel in der Bundestagsdebatte. Die geplante Laufzeitverlän-

IN DIESER AUSGABE:

3. IDEENKONFERENZ DER SPD	S. 3
NICHT AUFS GLATTEIS GEHEN	S. 4
BENEFIZ-CD VON WOLFGANG THIERSE	S. 6
DEBATTE: MEHR EMPATHIE	S. 9

gerung gefährde die Sicherheit. Scharf kritisierte Gabriel Umweltminister Röttgen (CDU), weil die Industrie Nachrüstkosten nicht mehr vollständig übernehmen muss: „Sie sind der erste Minister, der die Sicherheit der Bevölkerung von der Bevölkerung selbst bezahlen lassen will.“ **BS □**

Um Berlin kümmern

Müller: „Unerntester Umgang“ der Grünen mit Kandidatur

Der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller hat die Grünen aufgefordert, Antworten auf die politischen Sachfragen in der Hauptstadt zu geben.

Gleichzeitig kritisierte er in einem Interview den „sehr unerntesten“ Umgang der Grünen mit der Kandidatur um das Amt des Regierenden Bürgermeisters. Er sei froh, dass das Theater um die Kandidatur beendet sei. „Es geht nicht darum, wo findet Frau Künast die bessere Jobperspektive, auf Bundes- oder Landesebene, sondern es sind auf Berliner Ebene Probleme anzugehen“, sagte Michael Müller. Im Wahlkampf müssten die inhaltlichen Fragen geklärt werden, die in der Stadt relevant sind. Die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus findet am 18. September 2011 statt.

Die grüne Spitzenkandidatin Renate Künast müsse jetzt sagen, was sie in der Integrationspolitik vorhabe, wie sie neue Arbeitsplätze schaffen wolle und was sie in der Bildungspolitik plane, so der Berliner SPD-Vorsitzende. Ziel der SPD sei es, bei der Wahl im kommenden Jahr wieder die führende Kraft in der Stadt zu werden.

Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit hatte auf Fragen von Journalisten geantwortet, er freue sich, „dass Frau Künast die Grünen verstärkt“. Das sei auch notwendig. Die Berliner SPD, so Klaus Wowereit, stehe für die ganze Stadt - nicht nur für Gutverdiener mit hohem Bildungsstand. So wolle die SPD natürlich auch Häuser energetisch sanieren. „Aber anders als anderen Parteien ist uns nicht egal, wie hinterher die Miete aussieht.“ **BS □**

Workshops zum Frauenbild

30. Oktober: BarCamp Frauen in der Kalkscheune Berlin

Mit ihrer Veranstaltung wollen die Initiatorinnen „raus aus den Stuben der Politik und rein in die politische Debatte“.

Das BarCamp Frauen, das am heutigen Sonnabend in der Kalkscheune in Berlin stattfindet, ist eine neuartige Veranstaltungsform der SPD in Kooperation mit dem vorwärts, dem Magazin Freitag, dem Blog mädchenmannschaft und der DGB Jugend. BarCamps sind offene Tagungen, deren Ablauf und Inhalte von den Teilnehmenden im Tagungsverlauf selbst entwickelt werden.

Das BarCamp Frauen stellt die Gleichstellung von Frauen und Männern thematisch in den Mittelpunkt. Workshops sind u.a. zu den Themen „Feministin mit Kopftuch“, „Homophobie in der Arbeitswelt“, „Frauen in den Medien: Spiegelung von Rollenbildern in den Medien“ und „Führen Frauen anders, können Frauen anders führen?“ geplant. Alle Teilnehmenden sind an der Gestaltung des Programms beteiligt: Das Barcamp beginnt um 9 Uhr in der Kalkscheune in Berlin Mitte, Johannisstr. 2, 10117 Berlin, Ab 20 Uhr ist ein rauschendes Fest geplant. **BS □**

Sozialdemokratie:

Laizistische Sozis

Gruppierung wirbt um Anerkennung als SPD-Arbeitskreis

Als Vertretung der Konfessionsfreien verstehen sich die Initiatoren eines Treffens von SPD-Mitgliedern in Berlin, die für die stärkere Trennung von Staat und Kirche eintreten.

An dem ersten Treffen der „Laizisten“ hatten rund 50 Genossinnen und Genossen aus ganz Deutschland teilgenommen. Die Gründung wurde seit über zwei Jahren über verschiedene Internetforen vorbereitet. Insgesamt gehören der Gruppe nach eigenen Angaben bereits mehr als 400 SPD-Mitglieder an. Ihr Ziel ist es zunächst, als Arbeitskreis in der SPD anerkannt zu werden.

Etwa 28 Millionen Menschen in Deutschland haben keine religiösen Bindungen

mehr. Die Laizisten wollen sich dafür einsetzen, dass Staatsleistungen an die Kirchen, wie im Grundgesetz gefordert und in den Niederlanden bereits geschehen, abgelöst werden. Sie machen aber auch klar: „Keineswegs streben die Genossinnen und Genossen ein Ende der Zusammenarbeit der SPD mit den Kirchen an. Da die Kirchen zu den wichtigen gesellschaftlichen Institutionen gehören, wird auch eine Kooperation in übereinstimmenden Positionen als wichtig und sinnvoll angesehen.“

Ihre Positionspapiere stellen die Initiatoren, darunter Bundestagsabgeordnete und ehemalige Landesvorsitzende, im Internet unter www.laizistische-sozis.de zur Diskussion. **BS □**

POLITIK PERSÖNLICH

Dr. Knut Nevermann (SPD) wird ab dem 1. November 2010 Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung in Berlin. Der promovierte Jurist tritt die Nachfolge von Dr. Hans-Gerhard Husung (SPD) an, der neuer Generalsekretär der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) wird. Nach seinem Jura-Studium und der Mitarbeit am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin wurde Nevermann 1986 Direktor des Landesinstituts für Schule und Weiterbildung in NRW. Von dort wechselte er 1988 als Staatsrat zur Hamburger Kulturbehörde, wo er zugleich für die Hansestadt als Bevollmächtigter beim Bund tätig war. Als Amtschef und Abteilungsleiter unter den Staatsministern für Kultur und Medien Michael Naumann, Julian Nida-Rümelin und Christina Weiss arbeitete Knut Nevermann von 1998 bis 2006 im Bundeskanzleramt. Anschließend war er bis 2009 als Staatssekretär im Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst tätig.

Heinz Buschkowsky, Neuköllner Bezirksbürgermeister, ist vom SPD-Kreis Lindau in der alten Hutmacherstadt Lindenberg im Allgäu mit dem Sozialistenhut ausgezeichnet worden. Der schwarze Hut wird seit 24 Jahren jährlich an Männer und Frauen verliehen, die in ihrer Partei vorausgedacht haben, gegen den Strom geschwommen sind und den Mut hatten, sich nicht einschüchtern zu lassen. Frühere Preisträger waren u.a. Erhard Eppler, Heidi Wiczorek-Zeul und Regine Hildebrandt erhielten ihn bereits. Der Preis erinnert an die bayerischen Sozialdemokraten, die während der Zeit der Sozialistengesetze 1878 bis 1890 als heimliches Kennzeichen einen schwarzen breitkrempigen Hut trugen.

Reinhold Robbe, früherer Wehrbeauftragter und SPD-Bundestagsabgeordneter, ist zum Präsidenten der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG) gewählt worden.

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

Ideenkonferenz#3:

„Wir brauchen starke Unternehmen“

Mehrwert für Berlin: Öffentliche Betriebe bringen die Stadt voran

Auch wenn das Thema eher sperrig sei: Die Diskussion um Daseinsvorsorge, Gemeinwohl und öffentliche Unternehmen ist für den SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzenden Michael Müller eine wichtige "wirtschafts- und sozialpolitische Aufgabe". Es gehe darum, den Menschen ungehinderten Zugang zu grundlegenden Gütern zu verschaffen, erklärte er auf der 3. Ideenkonferenz der Berliner SPD. Wasser, Energie, Mobilität, Wohnen oder die Gesundheitsversorgung gehörten dazu.

So legte er auch ein klares Bekenntnis zu den Beteiligungen des Landes an öffentlichen Betrieben ab. "Öffentliche Unternehmen haben einen besonderen Auftrag im Sinne der Berlinerinnen und Berliner zu erfüllen", so Michael Müller. Unternehmen wie die Stadtreinigung, die BVG oder die Wohnungsbaugesellschaften schaffen Arbeitsplätze, sie investieren in der Stadt, sie zeigen ein besonderes Engagement für Berlin.

Ein Engagement, das sich zum Beispiel in der Verbesserung des Wohnumfelds äußert oder in Investitionen in den Umwelt- und Klimaschutz. Was Berlin auf dem Gebiet der „green economy“ leiste, müsse sich hinter der gerade ernannten Umwelthauptstadt Hamburg nicht verstecken, attestierte die DIW-Expertin Prof. Claudia Kemfert dem rot-roten Berliner Senat. Berlin sei „schlau und grün“, sagte sie.

Und auch die öffentlichen Unternehmen selbst haben sich verändert. Aus den einstigen Verlustbringern sind in den letzten



Auf dem Podium u.a.: Kurt Mühlhäuser, Vera Gäde-Butzlaff, D. Smuda.

Jahren flexible und leistungsfähige Unternehmen geworden.

Rekommunalisierungen, die Bildung von Stadtwerken oder auch der Erwerb von Versorgungsnetzen werden - nach langen Jahren der Privatisierung - in vielen Kommunen wieder diskutiert. Unter dem Motto „Verantwortung für das Gemeinwesen - Öffentliche Daseinsvorsorge und Rekommunalisierung“ hatte die SPD Expertinnen und Experten aus kommunalen Unternehmen, aus Gewerkschaften, aus Wissenschaft und Praxis zu ihrer Ideenkonferenz eingeladen. Gemeinsam mit dem Publikum diskutierten sie darüber, unter welchen Umständen ein Rückkauf von privatisierten Unternehmen möglich und sinnvoll ist, wie die vorhandenen Unternehmen für die politischen Ziele der Stadt genutzt und ausgebaut werden können. Sie stellten Beteiligungsmodelle wie das der Thüga AG vor, der größten kommunalen Unternehmensgruppe für Energie und



Im Gespräch: Klaus Wowereit und der ehemalige Berliner DGB-Vorsitzende Dieter Scholz.

Wasser, oder die erfolgreiche Arbeit der Stadtwerke München. Für die Berliner Stadtreinigung betonte die Vorstandsvorsitzende Vera Gäde-Butzlaff nicht nur die Leistungsfähigkeit ihres Unternehmens, die sich etwa in niedrigen Preisen zeige. Die BSR gehört auch zu den 14 Unternehmen, die sich in der Initiative „mehrwert Berlin“ zusammengeschlossen haben, um ihren Wert für die Stadt deutlich zu machen. Gemeinsam haben sie rund 40.000 Arbeitsplätze, 1880 Auszubildende und ein Einkaufs- und Investitionspotenzial von fast 2,5 Mrd. € pro Jahr.

Rekommunalisierung sei weder Selbstzweck noch politische Spielwiese, so der SPD-Vorsitzende Michael Müller zu Beginn der Konferenz. „Nicht alles muss der Staat machen.“ Er wies aber auch darauf hin, dass mit dem Auslaufen der Konzessionsverträge beim Strom- und Gasnetz Entscheidungen fällig sind.

Wie Michael Müller betonte auch der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit die Notwendigkeit, öffentliche Unternehmen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu führen. "Wir brauchen starke Unternehmen, ich möchte auch, dass unsere öffentlichen Unternehmen expandieren", sagte Wowereit. So könnten etwa Wohnungsbaugesellschaften neu bauen oder ihre Bestände durch Zukauf erweitern. "Wenn sich der Wohnungsmarkt weiter verschärft, dann ist es die Aufgabe von Wohnungsbaugesellschaften, dem veränderten Markt Rechnung zu tragen", so Wowereit.

Nicht alles, was wünschenswert ist, lässt sich auch realisieren, stellte Finanzsenator Ulrich Nussbaum unter Hinweis auf die weiter schwierige Haushaltslage des Landes Berlin fest. Ihm gehe es vorrangig darum, die bestehenden Unternehmen auszufinanzieren. Das gelte auch für die Vivantes-Krankenhäuser, die ebenso wie die Charité erheblichen Investitionsbedarf haben.

Gewinn für Berlin

Finanzsenator legt Bilanz der Unternehmen vor

Im vergangenen Jahr haben die Unternehmen des Landes Berlin einen Gewinnüberschuss in Höhe von insgesamt 306 Millionen Euro erzielt 2008 lag er noch bei 150 Millionen Euro, allerdings auch auf Grund von Rückstellungen bei der BVG.

Um 392 Millionen Euro sind auch die Investitionen gestiegen. Damit haben die Unternehmen mit Landesbeteiligungen nach Einschätzung von Finanzsenator Ulrich Nußbaum einen wichtigen Anteil an der Erfüllung der Vorgaben des Konjunkturpakets II.

Am 31. Dezember 2009 war das Land an 48 Unternehmen privaten Rechts und neun Anstalten öffentlichen Rechts unmittelbar beteiligt, davon an 37 Gesellschaften

mehrheitlich. 43 Landesbeteiligungen schlossen das Jahr mit positiven Jahresergebnissen ab, vier mehr als im Jahr zuvor. Acht Unternehmen hatten ein ausgeglichenes Ergebnis. Ein negatives Ergebnis mussten nur noch sechs Beteiligungsunternehmen vermelden, im Jahr 2007 waren es noch zehn Gesellschaften.

Um eine bessere Kontrolle zu gewährleisten, prüft der Finanzsenator derzeit, ob die Aufsichtsräte der Unternehmen besser bezahlt werden können. Positiv entwickelt hat sich der Anteil der Frauen bei der Besetzung der Mandate Berlins in den Aufsichtsgremien der Unternehmen. In den vergangenen sechs Jahren wurde er mehr als verdoppelt werden und liegt aktuell bei 42,1 Prozent.

BS □

U.H. □

Sicherheit:

Nicht aufs Glatteis führen lassen

Daniel Buchholz: Winter-Chaos darf sich nicht wiederholen

Auf den langen und schneereichen Winter 2009/2010 war Berlin unzureichend vorbereitet. Nicht nur ältere Menschen haben massiv unter dem Eis-Chaos und schlecht geräumten Gehwegen gelitten. Viele private und öffentliche Gebäudeeigentümer sind ihren Räumpflichten gar nicht oder nur in sehr geringem Umfang nachgekommen. Die Zahl der Verunglückten ist rapide angestiegen: Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Zahl der bei der AOK gemeldeten Glätteunfälle auf 2.140 fast verdoppelt (Zahl für das 1. Quartal 2010, im 1. Quartal 2009 waren es 1.168).

Damit sich dieses Chaos und die Glätteunfälle nicht wiederholen, brauchen wir mehr Tempo, mehr Qualität und klare Verantwortlichkeiten beim Winterdienst. Das Berliner Straßenreinigungsgesetz muss daher noch für die kommende Wintersaison geändert werden. Eine wesentliche Verbesserung wird es im öffentlichen Raum geben: Für 12 große Plätze, sechs Fußgängerzonen und die Haltestellen von Bussen und Straßenbahnen wird zukünftig die BSR den Winterdienst verantworten. Das bisherige Wirrwarr in Fußgängerzonen mit diversen privaten und öffentlichen Gebäudeeigentümern hat damit ein Ende. Viele private Anlieger von Bushaltestellen wussten gar nicht, dass sie für deren Räumung verantwortlich sind. Die zusätzlichen Kosten der BSR können bei einem extremen Winter mehr als acht Millionen Euro ausmachen und werden aus dem Landeshaushalt beglichen.

Die Beseitigung von Schnee und Eis wird im Gesetz für alle Räumpflichtigen schärfer gefasst. Die genaue Gesetzesformulierung ist noch abzustimmen. Allerdings hat



Daniel Buchholz ist umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

trotz mehrfacher Aufforderung bisher kein einziger Verband einen besseren Vorschlag gemacht. Das ist angesichts der vielfach geäußerten Kritik an der neuen Formulierung nur schwer nachzuvollziehen.

Die Hauseigentümer müssen mit dem neuen Gesetz auch die Tätigkeit der von ihnen beauftragten Winterdienstfirmen besser kontrollieren. Die Qualität der Schnee- und Eisbeseitigung wird dadurch merklich ansteigen.

Bisherige Billiganbieter, deren Mitarbeiter zu pauschalen Dumpinglöhnen arbeiten mussten, dürften damit keine Chance mehr haben. Schon im letzten Winter sind viele dieser Firmen Pleite gegangen, da sie auf einen harten Winter weder personell noch technisch vorbereitet waren. Das war eine notwendige Marktberreinigung.

Vermutlich werden die Kosten für den Winterdienst für viele Hauseigentümer steigen, allerdings in einem vertretbaren Rahmen. In der Anhörung des Umweltausschusses am 27.09.10 wurde von den Ver-

bandsvertretern der Hauseigentümer eingeräumt, dass die meisten Winterdienstfirmen in ihren Angeboten für den kommenden Winter nur sehr geringe Aufschläge verlangen. Die meisten Mieter werden davon gar nichts merken, da die Straßenreinigungskosten für Sommer und Winter zusammen gerade mal 3 % der Betriebskosten ausmachen.

Erst ein Jahr später, also für den Winter 2011/2012, wird die größere Räumbreite auf Gehwegen von 1,50 Meter in Kraft treten. Die gegebenenfalls notwendigen breiteren Kehrwedel können somit in Ruhe angeschafft werden. Bisher ist in Berlin nur ein Meter Räumbreite Pflicht, das entspricht nicht dem bundesdeutschen Standard. Städte wie Köln, Stuttgart, Potsdam, Dresden, Mainz, Hannover, Schwerin, Kiel, Dortmund oder Frankfurt/Main schreiben für alle Gehwege mindestens 1,50 Meter Räumbreite vor. Dieser bewährte Maßstab ist auch und gerade für die deutsche Hauptstadt angemessen. Die von der Senatsverwaltung vorgeschlagene Unterscheidung nach verschiedenen Straßenreinigungsklassen erscheint wenig sinnvoll und erschwert die Kontrollen.

Mit diesen Änderungen des Straßenreinigungsgesetzes wird Berlin deutlich besser auf einen extremen Winter vorbereitet sein. Einige Hauseigentümerverbände und die Oppositionsparteien wollen offenbar gar nichts am Gesetz ändern. Das wäre grob fahrlässig und verantwortungslos, denn in einem neuerlichen Notfall können weder Personal noch Technik einfach aus dem Hut gezaubert werden. Die SPD ist für solche Spielchen mit der Gesundheit der Berlinerinnen und Berliner nicht zu haben.

Daniel Buchholz □

Senat will Patientenrechte stärken

Bundesratsinitiative gestartet - Thomas Isenberg: Berlin hat Vorreiterrolle

Als „Meilenstein des Patienten- und Verbraucherschutzes im Gesundheitswesen“ hat der SPD-Abgeordnete Thomas Isenberg die Entscheidung des Senats bezeichnet, eine Bundesratsinitiative zur Stärkung der Patientenrechte zu starten.

„Während die Bundesregierung mit neuen Zusatzbeiträgen, dem Einstieg in die Kopfpauschale und der Behandlung auf Rechnung statt auf Chipkarte Verbraucher und Patienten in die Tasche langt, ergreifen die Länder Berlin und Brandenburg gemeinsam im Bundesrat Partei für die Bürgerinnen und Bürger“, erklärte der gesund-

heitspolitische Sprecher der Berliner SPD-Fraktion.

Schon heute sei Berlin in Sachen Patientenschutz Vorreiter, so Isenberg. „Als einziges Bundesland hat der Senat bereits in der letzten Legislaturperiode eine Patientenbeauftragte des Landes installiert. Das Patientenrechtegesetz schließt Lücken im gesundheitlichen Verbraucherschutz: Heutzutage müssen Opfer von Behandlungsfehlern mühselig den Beweis führen für einen Zusammenhang zwischen einer Fehlbehandlung durch den Arzt und dem daraus resultierenden Leiden. Die Fachdiskussionen der letzten Jahre haben ergeben,

dass hierzu Beweiserleichterung nötig sind, auch die Einführung eines Entschädigungsfonds für spezielle Fälle ist mit der Bundesratsinitiative vorgesehen. Die erhöhte Rechtssicherheit kommt somit Patienten und Behandlern zugute und wird durch neue Regeln bei der Dokumentation, Aufklärung, aber auch bezüglich der Stärkung der beruflichen Selbstverwaltung verbessert. Bemühungen der außergerichtlichen Streitschlichtung werden zudem normiert.“ Isenberg begrüßte zudem, dass die Erfahrung der Patienten und Verbraucher auch in den Gremien des Gesundheitswesens mehr Gehör finden soll. **BS** □

Wohnen:

Soziales Mietrecht stärken

Gegenentwurf zu Plänen der Bundesregierung

Mit einer Bundesratsinitiative will der Berliner Senat das soziale Mietrecht in Deutschland stärken und Mietsteigerungen begrenzen. Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer will im Rahmen der Initiative auch die Kosten bei Modernisierungsmaßnahmen zur Energieersparnis gerechter verteilen.

„Wir wollen die Mieten nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen. Daher soll die Möglichkeit zur allgemeinen Mieterhöhung von 20 auf 15 Prozent sinken. Außerdem soll der Zeitraum für Mietanpassungen von drei auf vier Jahre verlängert werden“, erklärte Ingeborg Junge-Reyer im Interview mit dem vorwärtsBerlin (Novemberausgabe). „Wir entwickeln das Gegenmodell zur mieterfeindlichen Politik der schwarz-gelben Koalition. Angesichts der zunehmenden Probleme in den großen Städten beginnen auch andere Länder, ihre bisher zurückhaltende Position zu überdenken.“

Die von der Bundesregierung vorgesehene Verschlechterung des Mietrechts zu Lasten der Mieterinnen und Mieter lehne der Berliner Senat ab, erklärte die Senatorin: „Mit den nun vom Senat vorgeschlagenen

Änderungen der mietrechtlichen Vorschriften im Wirtschaftsstrafgesetz und im Bürgerlichen Gesetzbuch sowie den Änderungen in der Energieeinsparverordnung soll das soziale Mietrecht in Deutschland gestärkt und ein wirksamer und gerechter Interessenausgleich zwischen Mietern und Vermietern erreicht werden.“

Auch die Akzeptanz für energetische Sanierung will der Senat unterstützen. Damit nicht die Mieter weitgehend allein die Kosten dafür zu übernehmen haben, soll die Modernisierungsumlage von derzeit 11 auf 9 Prozent sinken.

Der Berliner Mieterverein (BMV) begrüßte die Bundesratsinitiative des Landes Berlin zur Sicherung bezahlbarer Mieten und zur Begrenzung von Energieverbrauch und Energiekosten. Es entspreche einer langjährigen Forderung des BMV, die Schutzvorschrift des § 5 Wirtschaftsstrafgesetz vor Mietpreisüberhöhungen auch in von besonderem Nachfragedruck betroffenen Stadtteilen zur Anwendung zu bringen, selbst wenn in anderen Teilen der Stadt der Wohnungsteilmarkt vergleichsweise entspannt sein mag. Bei der Festsetzung der ortsüblichen Vergleichsmiete sollten alle Mieten einbezogen werden. **BS** □



Gutbesuchte Mieterversammlung der Reinickendorfer SPD.

Foto: König

SPD Reinickendorf lud zur Mieterversammlung

Seit Monaten sind die Miethäuser der Gewobag in der Umgebung Quäkerstraße / Foxweg aufgrund von weitreichenden Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen eingerüstet. Die SPD lud jetzt zu einer Mieterveranstaltung mit dem Gewobag-Unternehmensvorstand, Herrn Jellema.

Laut Mieter-Auskünften dauern die Maßnahmen - ursprünglich auf 15 Tage angesetzt - bei einigen Wohnungen nun schon 3 Monate. Dazu kommt „die fehlende Kommunikation mit dem Baubüro und die schlampige Arbeit“, so ein aufgebrachter Anwohner. Der SPD-Vorsitzende Jörg Stroedter und Sozialstadtrat Andreas Höhne forderten mehr Rücksicht, die Gewobag zeigte Einsicht. **BS** □

„Städtebau geht alle an“

Eine Ausstellung in der TU Berlin präsentiert Planungsideen und Zukunftsvisionen

Mehr als die Hälfte der Menschheit wird 2050 nach UN-Schätzungen in Städten leben, gut fünf Milliarden Menschen. Die Liste der Städte mit mehr als zehn Millionen Einwohner wächst und wächst. Sind Megacities noch gestaltbar?

Eine Aufgabe für Stadtplaner, die mehr von Sozialwissenschaft verstehen müssen als von Architektur? Die Ausstellung „Stadtvisionen 1910 / 2010“ in der TU Berlin geht dieser Frage gleich mit vier Beispielen, nämlich Berlin, Paris, London und Chicago, nach. Sie ist ein Beitrag der TU zum Wissenschaftsjahr 2010 und erinnert an die Allgemeine Städtebau-Ausstellung in der Hochschule für die bildenden Künste in Charlottenburg vor hundert Jahren; Anlass war seinerzeit der Städtebau-Wettbewerb für Groß-Berlin. Denn Berlin war besonders zwischen 1890 und 1910 geradezu explosionsartig gewachsen. Harald Bodenschatz, Leiter des Fachgebietes Planungs- und Architektursoziologie der TU Berlin, spricht gar von einer „Dubai-Phase“ bezogen auf diese beiden Jahrzehnte der Jahrhundert-

wende, in denen Berlin geradezu chaotisch gewachsen sei.

Die exzellent konzipierte Ausstellung präsentiert bezogen auf 1910 am Beispiel der vier Metropolen Planungsideen, visualisiert die Monumentalisierung des Stadtzentrums, Ideen zu Alternativen zur hoch verdichteten Stadt und Überlegungen zu mehr Grün im Meer der Steine. Dabei zeigen sich neben unterschiedlichen Denkweisen viele Parallelen, etwa im Bemühen städtebaulich mit markanter, teils monumentaler Architektur in der Stadtmitte dem Bürger Identifizierung und Stolz zu bieten. Hundert Jahre später sind die Herausforderung an Städteplanung und Stadtentwicklung andere, etwa die Mobilität, Stadtbrachen, Quartiere des sozialen Wohnungsbaus. Es geht um Alternativen zur Zersiedlung an den Stadträndern und nicht zuletzt um vorausschauende Klimapolitik in den Metropolen.

Bezogen auf Berlin zeigt sich vieles Überraschendes: So gab es bereits 1910 Überlegungen für einen Zentralbahnhof und zwar an der Stelle des heutigen. In Dahlem

sollte noch im Kaiserreich ein Universitäts-campus, eine Stadt der Wissenschaft, entstehen als deutsches „Oxford“. Hier schöpft die Ausstellung aus dem Fundus des Berliner Architektur museums. Und es geht um Berlins Zukunft, die Planungen für Berlins Innenstadt.

Für Harald Kegler (Bauhaus-Universität Weimar), Mitinitiator der Ausstellung, kommt es für die künftige Städteplanung mehr darauf an, der Diktatur des Autos Paroli zu bieten und er sieht am Beispiel von Chicago durchaus Chancen, dass der öffentliche Nahverkehr wieder Terrain gewinnt. Harald Bodenschatz sieht in der Ausstellung auch eine politische Botschaft, nämlich nach Interesse und Engagement der Bürgerinnen und Bürger: „Städtebau geht alle an!“ **Gunter Lange** □

➡ Stadtvisionen 1910 / 2010, bis 10. Dezember 2010, TU-Berlin, Architekturgebäude, Straße des 17. Juni 152, dienstags bis freitags von 14 bis 20 Uhr, samstags von 12 bis 18 Uhr, Eintritt ist frei.

➡ siehe auch Buchtipps „Städtebau in Berlin“ auf Seite 12

Spendenaktion:

Wolfgang und der Wolf

Konzert und Benefiz-CD mit Wolfgang Thierse

Die Flöte ist der Vogel, die Klarinette die Katze und wenn die drei Hörner ertönen, dann ist der Wolf nicht mehr weit. Das sinfonische Märchen „Peter und der Wolf“ erzählt vom pffiffigen Peter und dem mutigen kleinen Vogel, die gemeinsam den bösen Wolf einfangen. Jeder Figur des Märchens ist ein Orchesterinstrument zugeordnet.

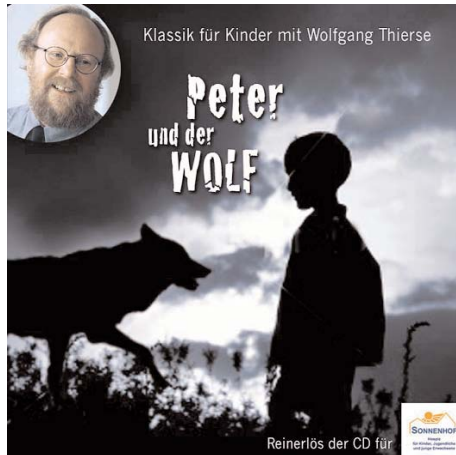
„Nichts ist besser als den Kindern abends etwas Intelligentes und Musisches vorlesen zu lassen“, sagt Wolfgang Thierse. Deshalb hat er jetzt zum zweiten Mal an einer Klassik-CD mitgewirkt - als Sprecher von „Peter und der Wolf“. Das Besondere der Reihe „Klassik für Kinder mit Wolfgang Thierse“: Der Erlös wird vollständig für die Unterstützung der Björn-Schulz-Stiftung eingesetzt.

Seit Jahren unterstützt Wolfgang Thierse die Arbeit der Stiftung, die mit dem „Kinderhospiz Sonnenhof“ in Berlin-Pankow, mit den ehrenamtlichen „Familienbegleitern“ und mit dem „Nachsorgehaus Rosemarie Fuchs“ an der Nordsee krebserkrankten, unheilbar und schwerstkranken Kindern und jungen Erwachsenen zwischen 0 und 30 Jahren sowie ihren Familien hilft. Eine Unterstützung für Menschen, „die sich mit einer unbeschreiblichen Kraft durch den Alltag kämpfen müssen“, so Thierse.

Im Jahr 2005 war in Zusammenarbeit mit der Berliner Tonträgergesellschaft Hörwerk die erste Benefiz-CD „Klassik für Kinder: Karneval der Tiere“ entstanden, die nun rechtzeitig zur Weihnachtszeit in einer neuen Auflage erscheint. In diesem Jahr wurde auf Initiative von Wolfgang Thierse die zweite Benefiz-CD „Peter und der Wolf“ produziert. Thierse: „Ich kenne Peter und der Wolf in den verschiedensten Varianten und Übersetzungen, und nun gibt es auch eine mit mir.“ Durch den Verkauf der CDs wird die vorbildliche Versorgung der Kinder im Kinderhospiz Sonnenhof unterstützt und die Arbeit der Stiftung auf noch bessere Grundlagen gestellt. Im Frühjahr soll dann die dritte CD „Klassik für Kinder mit Wolfgang Thierse: Die Moldau“ auf den Markt kommen.

„Es ist heutzutage keine Selbstverständlichkeit mehr, dass sämtliche an der Produktion der CD beteiligten Partner das Projekt ehrenamtlich unterstützen, entstehende Kosten als Sponsoren tragen oder entsprechend auf Entlohnung verzichten“, so Thierse, „Dafür bin ich sehr dankbar, weil ich weiß, wohin der Erlös geht und ich Woche für Woche sehen kann, welche Früchte unser Engagement hervorbringt“

Die Benefiz-CDs „Karneval der Tiere“



Neue Benefiz-CD „Peter und der Wolf“

und „Peter und der Wolf“ gibt es bei der Björn-Schulz-Stiftung, bei Hörwerk und bei verschiedenen Berliner Buchhandlungen, (darunter die Vorwärts-Buchhandlung in der Stresemannstraße und die Parlamentsbuchhandlung), die unter www.thierse.de aufgelistet sind. Kreise und Abteilungen, die die CDs auf Weihnachtsmärkten und bei Veranstaltungen anbieten wollen, können sich für Bestellungen direkt an Kristian Gaiser im Bundestagsbüro Wolfgang Thierse (Te. 030 227-77023) wenden. **KG** ➔ Spendenkonto der Björn-Schulz-Stiftung, Konto-Nummer 6007878018, Pax-Bank BLZ 37060193, Stichwort „Projekt CD Thierse“

Stifter gesucht

Archiv der Jugendkulturen kämpft um seine Existenz

Seit 1998 gibt es das Berliner Archiv der Jugendkulturen e.V., das den gängigen Klischees und Vorurteilen über „die Jugend“ und ihre Lebens- und Freizeitwelten differenzierte Informationen entgegensetzt. Eine umfangreiche Sammlung von Dokumenten und Materialien, zahlreiche Ausstellungen und Veröffentlichungen zeugen davon. Immer wieder war die Existenz dieser in Europa einmaligen Einrichtung gefährdet. Jetzt will sie mit der Gründung einer Stiftung für bessere finanzielle Grundlagen sorgen.

Das Archiv, dessen Sammlung von Fanzi-nes, Flyern, Musik und wissenschaftlichen Untersuchungen jedem offen steht, erhält bisher keinerlei Regelförderung und arbeitet seit seinem Bestehen mit auf Zeit geförderten Stellen und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen. „Immer wieder müssen Vereinsmitglieder oder MitarbeiterInnen so-

Familienkonzert mit Wolfgang Thierse

Am heutigen Sonnabend wird in der Philharmonie Berlin „Peter und der Wolf“ mit Wolfgang Thierse als Benefizkonzert für die Björn-Schulz-Stiftung aufgeführt.

Im Kammermusiksaal der Philharmonie präsentieren das Kammerorchester Unter den Linden und das Klingende Museum Berlin den Kinderklassiker. Unterstützt wird mit diesem Konzert die Björn-Schulz-Stiftung, die Familien mit schwerst- und unheilbar kranken Kindern hilft. Wolfgang Thierse, Vizepräsident des Deutschen Bundestags, leiht dem spannenden Märchenkonzert für den guten Zweck seine Stimme.

Im Anschluss können die kleinen und großen Besucher im Foyer unter fachkundiger Anleitung die Musikinstrumente des Klingenden Museums ausprobieren. Außerdem wird Erzähler Thierse seine neu erschienene CD „Peter und der Wolf“ signieren (Spende 6 Euro), deren Erlös ebenfalls der Björn-Schulz-Stiftung zugute kommt.

Samstag, 30. Oktober 2010, 15:30 Uhr, Peter und der Wolf von Sergej Prokofieff und Wolfgang Thierse mit „Intrada Wolfada“ von Andreas Peer Kähler und ausführlicher Vorstellung der Instrumente. Ab 5 Jahren. 16:30 Uhr: Klingendes Museum in Aktion. Ort: Kammermusiksaal der Philharmonie, Berlin. Karten: Kinder bis 11 Jahre 8 Euro zzgl. VVK Erwachsene 15 Euro. **BS** ➔

gar privat Gelder spenden, um die laufenden Kosten zu zahlen“, sagt Archiv-Leiter Klaus Farin. „Eine Stiftung bietet Sicherheit und Kontinuität im Fortbestand des Archiv der Jugendkulturen und der daraus resultierenden kulturellen und politischen Arbeit mit und für Jugendliche(n) – und das unabhängig von der Vergabe von Fördergeldern.“

Zahlreiche Spender haben die Arbeit bereits mit Beträgen zwischen 3 und 1000 Euro unterstützt, weitere Spenden sind aber notwendig und willkommen. **BS** ➔

➔ Archiv der Jugendkulturen e.V., Fidinstraße 3, 10965 Berlin, Tel. 030/6942934, Mail: archiv@jugendkulturen.de. Öffnungszeiten: Mo-Fr 10-18 Uhr und nach Vereinbarung

➔ Spendenkonto: 1241383853, BLZ: 500 502 01, Bank: 1822direkt Frankfurter Sparkasse, Konto-Inhaber: Klaus Farin, Zweck: Spende Stiftung

Wahl 2011:

Verantwortung für das ganze Berlin

Auszüge aus den ersten Überlegungen von Klaus Wowereit zum Regierungsprogramm

Die Berliner Stimme dokumentiert Auszüge aus den Ersten Überlegungen zum Regierungsprogramm 2011-2016 der Berliner SPD von Klaus Wowereit.

„In weniger als zwölf Monaten ist Abgeordnetenhauswahl. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen dafür, dass wir auch in Zukunft als die führende politische Kraft Berlins unsere Stadt prägen. Gemeinsam mit den Berlinerinnen und Berlinern wollen wir dafür sorgen, dass die Stadt menschlich und sozial bleibt - aber auch, dass der in den vergangenen Jahren begonnene wirtschaftliche Erfolgsweg Berlins nicht gefährdet, sondern kraftvoll fortgesetzt wird und weiter gute, neue Arbeitsplätze entstehen.

Wir wollen die Spaltung der Stadt verhindern und gute Chancen für Jede und Jeden schaffen. Wir suchen das Bündnis mit allen, für die gute und gebührenfreie Bildung eine Herzensangelegenheit ist. Wir suchen das Bündnis mit denjenigen, die den sozialen Aufstieg durch Leistung schaffen wollen und darauf vertrauen, dass diese Stadt auf sie setzt und sie unterstützt. Wir suchen das Bündnis mit denen, für die Solidarität und soziale Verantwortung keine Lippenbekenntnisse sind, sondern die Grundlage dafür, dass Leben in einer Millionenstadt überhaupt funktionieren kann. Wir suchen das Bündnis mit allen, die sich für eine gesunde Umwelt und eine lebenswerte Stadt einsetzen - mit viel bürgerlichem Engagement in Vereinen und Initiativen.

Kurz: Wir suchen ein Zukunftsbündnis mit allen Berlinerinnen und Berlinern, die nicht nur an einen Teil dieser Stadt und ihrer Menschen denken, sondern die das ganze Berlin voranbringen wollen.

Die SPD steht im Zentrum eines solchen Bündnisses aus Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, aufgeklärten Berlinerinnen und Berlinern von wo auch immer sie stammen, Selbständigen und Handwerkern sowie kritischen Intellektuellen und Kulturschaffenden, egal ob jung und alt, ob sie als Singles oder Familien leben. Berlin ist mehr als die Summe seiner Stadtteile und Einzelinteressen. Berlin ist heute eine spannende, weltweit geachtete Metropole des Miteinanders und keine kalte Stadt der Spaltung. Dafür werde ich als Regierender Bürgermeister weiter mit voller Kraft arbeiten. Denn mir und der SPD ging und geht es immer um Verantwortung für das ganze Berlin.“

Die SPD, so Klaus Wowereit, sei 2001 antreten in einer Situation, die gekenn-



Michael Müller und die Koordinatorin der Programmdebatte Hella Dunger-Löper.

Foto: Horb

zeichnet war durch eine ausweglos scheinende Überschuldung des Landes, durch eine dramatische Krise der Landesbank, durch hohe Arbeitslosigkeit, die begründet wurde durch einen dramatischen Strukturwandel der Berliner Wirtschaft nach dem Fall der Mauer, und - nicht zu unterschätzen - eine schwere Erschütterung des Vertrauens in das politische System

„Wir haben Verantwortung übernommen für ein gerechtes, soziales und zukunftsorientiertes Berlin - in der niemand zurückbleibt. Wir wollten und wir wollen eine Stadt für alle, und wir machen Politik für alle - nicht nur für eine Klientel. Damit sind wir die einzig wirkliche Berlin-Partei.“

Nach neun Jahren unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung zieht Klaus Wowereit in seinem Papier eine positive Bilanz: Berlin sei wirtschaftlich wieder erfolgreich und Gründerhauptstadt Deutschlands. Berlin sei eine internationale Metropole geworden. Berlin Sorge für soziale Verhältnisse und sei die Stadt für Kinder und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die SPD habe zwei große Bildungsreformen durchgeführt und die Hauptschule abgeschafft. Berlin sei die Stadt der Integration, der Partizipation und der Gleichstellung.

„Das kommende Jahrzehnt wird weitere Herausforderungen bringen, auf die unsere Politik eine Antwort geben muss. Wir in Berlin haben die Teilung in Ost und West schneller und besser überwunden als andernorts. Aber jetzt stehen wir - wie die ganze Republik - vor der größten Herausforderung unserer Zeit: Wir dürfen keine Teilung zulassen in diejenigen mit Chancen und diejenigen ohne. Im Gegenteil. Es ist die große Aufgabe unserer Zeit und dieser Stadt, keine Verwerfungen zuzulassen zwischen Jung und Alt, Alteingesessenen

und Migranten, gut Gebildeten und weniger gut Gebildeten, berechtigten Umweltinteressen und berechtigten Arbeitsplatzinteressen. Es ist die große Aufgabe der Zeit, Miteinander zu fördern und Gegeneinander zu bekämpfen. Das bedeutet, dass man zwischen den Interessen vermitteln muss - dass es nicht nur schwarz und nicht nur weiß gibt; dass die Politik über den Tellerrand der Einzelinteressen hinausblicken muss.

Die soziale Spaltung schreitet - wenn wir nicht aktiv handeln - voran. Arbeitsbedingungen in Dienstleistung, Handwerk und Industrie verändern sich dramatisch - eine Entwicklung, die auch Sorgen bereitet. Mit dem demografischen Wandel werden sich der Lebensalltag und der Arbeitsmarkt drastisch erneuern. Der Klimawandel fordert ein zügiges Umsteuern unseres Umgangs mit Energie und natürlichen Ressourcen. Die fortschreitende Globalisierung wird einen verschärften internationalen Konkurrenzkampf zwischen Ländern und Regionen, aber auch Städten bringen.

Attraktive, anziehende Städte werden in dieser Entwicklung diejenigen sein, in denen die Lebensbedingungen für die Menschen die besten sind, wo sich die Menschen gut und sicher aufgehoben fühlen, wo sie ihre und die Chancen ihrer Kinder am besten verwirklichen können.

Für uns heißt das, wir müssen auf eine Stadt hinarbeiten, die sich 2020 durch eine neue Lebensqualität auszeichnet, in der zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen und in der unsere sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gelebte Wirklichkeit sind.“

Zwei Säulen hält Klaus Wowereit dabei für entscheidend: Gute Arbeit zu schaffen sowie für sozialen Zusammenhalt, Teilhabe und Integration zu kämpfen. In beiden Themenfeldern gehe es darum, bessere Bildung und Ausbildung für alle möglich zu machen.

„Soziale Integration ist ein Kernanliegen der SPD. Berliner Sozialdemokraten werden auch weiterhin dafür sorgen, dass Berlin eine Stadt ist. Das heißt: wir arbeiten dafür, dass die Lebensverhältnisse in der Stadt nicht weiter auseinanderdriften, dass in allen Teilen der Stadt eine gleichwertige Infrastruktur vorhanden ist. Bildungseinrichtungen, Freizeiteinrichtungen, kulturelle Angebote wie auch Einrichtungen des Gesundheitswesens, der Versorgung für ältere Menschen, Angebote für Familien müssen in der ganzen Stadt zur Verfügung stehen und die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben sicherstellen.“

BS □

FRAKTION INTERN

Älter werden - mobil bleiben. Die SPD-Fraktion lädt am 18. November 2010 um 16.30 Uhr zu einer Podiumsdiskussion ins Berliner Abgeordnetenhaus (Raum 311) ein. Im Mittelpunkt stehen die Themen: Anforderungen an die Verkehrsunternehmen für einen altersgerechten Öffentlichen Personennahverkehr, Mobilitätsverhalten und Verkehrssicherheit im Alter. Um Anmeldung wird gebeten unter: Tel. 23 25 22 22, Fax: 23 25 22 29, E-Mail: spd-fraktion@spd.parlament-berlin.de

Vielfalt der Stadtteiltage. Die Veranstaltungsreihe "Berliner Stadtteiltage" der SPD-Fraktion ist nach Wedding, Tiergarten-Moabit-Bellevue und Friedrichshain demnächst in Reinickendorf zu erleben.

Im **Wedding** hatte die Abgeordnete Bruni Wildenhein-Lauterbach die Bürgerinnen und Bürger am 21. Oktober zu einer Führung durch das UNESCO-Welterbe Schillerpark Siedlung eingeladen. Auf dem Programm standen auch der Besuch der Kita Edinburger Straße mit zwei freiwilligen Jugendfeuerwehren aus Berlin und Born am Darß, eine Bürgersprechstunde und die feierliche Enthüllung eines Kunstwerks von Tape-Art am Nachbarschaftsladen "Schiller-Treff". Den Abschluss bildete die Diskussionsrunde "Miteinander leben, miteinander reden" mit Integrationsgruppen.

Beim Stadtteiltag **Tiergarten-Moabit-Bellevue** am 27. Oktober informierte der Abgeordnete und neue gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Thomas Isenberg, über die Themen Gesundheit, Schule, Kinderschutz und Verbraucherschutz. Ein Gespräch zum Projekt "Dialog der Kulturen" gab es beim Quartiersmanagement Magdeburger Platz/Tiergarten-Süd. Am Abend konnte beim Bürgerforum "Sicherheit & Ordnung im Kiez" mit Innenminister Ehrhart Körting in der Hansaplatz Bibliothek diskutiert werden.

In **Friedrichshain** hat die Abgeordnete Susanne Kitschun für ihren Stadtteiltag am 29. Oktober eine Führung durch die neuen Berliner Opernwerkstätten organisiert. Außerdem auf dem Programm: Besuch der Kita Fröbelspatzen, Besuch von Gewerbetreibenden an der Karl-Marx-Allee und eine Bürgersprechstunde im Café Sybille. Letzter Punkt des Tages: Kino in den Tilsiter Lichtspielen mit Diskussion über den gezeigten Dokumentarfilm "Lychener 64" über eine Haussanierung.

In **Reinickendorf** findet am 19. November der Stadtteiltag des direkt gewählten Abgeordneten und Parlamentspräsidenten Walter Momper statt. Mehr Informationen zu den Stadtteiltagen der Fraktionsmitglieder gibt es unter: www.spdfraktion-berlin.de. **C.S.** □

„Bestürzung und Trauer“

Gedenkstättenfahrt der Berliner SPD nach Buchenwald

37 Berlinerinnen und Berliner sind in diesem Jahr der Einladung der Berliner SPD gefolgt und haben vom 10. bis 13. Oktober an der Gedenkstättenfahrt nach Buchenwald und Weimar teilgenommen. Der dichte Nebel am 12. Oktober sorgte für ein gespenstisches Bild an diesem Ort des Schreckens. Michael Müller legte an der Gedenkplatte nahe dem Tor zum Konzentrationslager einen Kranz nieder und richtete ein paar Worte an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Gruppe.

Der Ort erzeuge Bestürzung und Trauer, so der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende. „Wir wissen, dass alles, was wir heute noch vom Konzentrationslager Buchenwald sehen werden, nur einen schwachen Eindruck von dem vermitteln kann, was sich vor über 65 Jahren hier zugetragen hat. Viele engagierte Demokraten der Republik, die nur ein paar Kilometer weiter als Weimarer Republik gegründet worden



Kranzniederlegung in Buchenwald: Michael Müller. Foto: paperpress

ist, sind für ihre Überzeugung hier in Buchenwald ermordet worden.“

Michael Müller verwies auch darauf, dass nach der Befreiung Buchenwalds am 11. April 1945 das Leid und die Unmenschlichkeit an diesem Ort nicht endeten, sondern ein sowjetisches Lager entstand. 2011 ist eine Gedenkstättenfahrt nach Mauthausen geplant. **BS** □

Fachausschuss Europa:

Politik für die Metropolen

Diskussion mit französischen Sozialisten fortgesetzt

Im Frühsommer 2010 hat die „AG Metropolenpapier“ des Fachausschusses Europa/SPE Activists Berlin zentrale Aspekte progressiver Großstadtpolitik vergleichend für Berlin und Paris erarbeitet.

- Leitgedanken umfassen u. a.
- die regionale Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsprozesse;
 - soziale und bildungspolitische Aufgaben;
 - den erneuerten Zusammenhalt durch Integration;
 - die Lebensqualität im urbanen Raum;
 - den Wandel zur ökologischen Stadt.

Bei diesen Querschnittsthemen werden die Handlungsspielräume und -möglichkeiten der SPD Berlin und der PS Paris aufgezeigt. Gleichzeitig geht es bei der Umsetzung um das voneinander Lernen und um die gegenseitige Unterstützung. Insgesamt können die Verständigung und das Zusammenwirken von Paris und Berlin bei zentralen Themen einen exemplarischen und modellhaften Charakter für Gesamteuropa haben.

Dazu wurde am 1. Oktoberwochenende der erste Entwurf des Metropolenpapiers beim Besuch der Pariser GenossInnen mit Vertretern der Commission Fédérale Europe der PS Paris diskutiert. Die Teilnahme von fast 20 GenossInnen und der angeregt



Treffen der Berliner SPD mit den Pariser Sozialisten Anfang Oktober. Foto: Chourka Glogowski

te konstruktive Austausch zu einzelnen Themenkomplexen belegen das große Interesse an der Weiterbearbeitung dieses bilateralen Metropolenpapiers.

Die Themen Verkehrspolitik, direkte Demokratie und Familienpolitik liegen den Pariser GenossInnen sehr am Herzen und fließen somit prioritär beim Diskussionsprozess auf Pariser Seite ein. Der Schwung dieser konstruktiven Diskussion wird in den kommenden Monaten dazu genutzt, das Metropolenpapier zu finalisieren, um bei einem der nächsten Austausche der SPD Berlin mit der PS Paris die gemeinsame Deklaration von den jeweiligen Parteivor-sitzenden unterzeichnen zu lassen.

Karin Pieper □

Parteienlandschaft:

Sehnsucht nach grüner Bürgerlichkeit?

Robert Drewnicki: Ein Appell für mehr Empathie für „die da unten“

Auch wenn nach außen Stärke gezeigt wird, in den Hinterzimmern der Partei sind die Grünen schon längst der Hauptgegner geworden und eines der Hauptinteressen zum bevorstehenden Berlin-Wahlkampf scheint das Entwickeln von Strategien zu sein, den Grünen die WählerInnen abspenstig zu machen.

Und man hört es überall in der Partei: Wir müssen dieses oder jenes Thema besetzen, weil die Grünen es sonst machen oder weil man wisse, dass sie es bald täten. So werden Teile der SPD plötzlich zu Gejagten, die Umfragen für Ergebnisse, Tendenz- und Schlagzeilen-Journalismus für Stadtgespräche und politische Konzepte der Grünen für eigentlich ursozialdemokratisch halten.

DIE SOZIALDEMOKRATISCHE IDENTITÄT

Am Ende bleibt eine Frage im einsetzen- den Wahlkampfaktionismus offen: Mit welcher sozialdemokratischen Identität wollen wir Wahlen gewinnen und Politik für Berlin machen?

Und diese Frage ist nicht beliebig, denn sie führt uns am Ende dahin, wo es - um mit Sigmar Gabriel zu reden - stinkt. Und das sind nicht die Kaffeehäuser vom Kollwitzplatz, in denen es lieblich nach Latte Macchiato duftet.

Warum gibt es die Sozialdemokratie? Gelegentlich hilft ein Blick in den Vorwärts, um drängende sozialdemokratische Fragen zu beantworten. In der Oktoberausgabe stellt der neue Chefredakteur Uwe Knüpper in seinem Editorial fest, dass es eine der wichtigen Aufgaben bleibe „immer wieder daran zu erinnern, dass es sich lohnt, miteinander für eine gerechtere, friedlichere, solidarischere Welt zu streiten. Denn ohne Streit geht es nicht. Selbst in der freiesten Gesellschaft gibt es ein Oben und ein Unten, und die da oben haben noch immer versucht, für sich und die Ihren Privilegien zu sichern. Also andere, die weiter unten sind, davon abzuhalten aufzuschließen. Gleiches Recht und Aufstiegschancen für alle zu erkämpfen und zu sichern, das war, ist und bleibt die zentrale Aufgabe der Sozialdemokratie. Jede andere Partei dient letztlich Gruppeninteressen, will Besitzstände bewahren. Nur der Sozialdemokratie geht es um jede und jeden.“

Als die Umfragen noch nicht so sehr im Fokus standen und wir noch mit kühlem Kopf planen konnten, da gab es das Konzept der „Solidarischen Stadt“. Denn das



Die SPD hat mehr zu bieten als die Grünen, sagt Robert Drewnicki, Vorsitzender der SPD-Abteilung Neu-Westend. Foto: Sempff

können nur SozialdemokratInnen. Solidarität bei denen da oben einfordern, um gemeinsam mit denen und für die da unten eine gerechtere, solidarische Gesellschaft zu schaffen.

Für diese solidarische Stadt muss man Opfer bringen: seine Kinder auf eine staatliche statt auf eine private Schule schicken, in heterogenen statt gentrifizierten, homogenen „Kiezen“ leben wollen, knappe Ressourcen dort einsetzen, wo es an Förderung mangelt und sich genauso oder sogar ein bisschen mehr außerparlamentarisch für die Rechte der Schwachen einsetzen als für die Offenlegung von Wasserverträgen oder die Beibehaltung von zwei Boulevardtheatern.

ERST DIE PFLICHT, DANN DIE KÜR

Wieso fällt es auch uns SozialdemokratInnen zusehends soviel schwerer, Empathie für die Schwachen dieser Gesellschaft zu entwickeln und unser politisches Wirken auf die Beseitigung von gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten zu konzentrieren? Wieso erscheint es uns so viel angenehmer über den Bau von Bahnhöfen im fernen Stuttgart oder Autobahnen im nahen Trep- tow, den bedrohten Kudammtheatern oder der Abkoppelung des Bahnhof Zoos vom Fernverkehr zu diskutieren? Alles wichtige Fragen, aber erst kommt die Pflicht und dann die Kür.

Zurück zu Sigmar Gabriel, der uns rauschicken wollte auf die Straße, in die - ja es gibt sie wieder - Armenviertel, an die Arbeitsplätze und dorthin, wo Integration täglich gelebt und errungen werden muss und man nicht Stammtischparolen als wichtigen Tabubruch ansieht.

Aber da fühlen wir uns nicht mehr heimisch, nicht mehr wohl. Lieber schreiben unzählige GenossInnen Emails und Briefe,

um den Schutz von Thilo Sarrazins Meinungsfreiheit anstatt die ausreichende Finanzierung der Speisung armer Kinder mitten unter uns in der Arche einzufordern.

Die Welt der Grünen scheint uns da näher. Da liest man abends ein gutes Buch statt vor der Glotze zu sitzen. Da geht man ins Theater statt in die Videothek. Da lernen die gutbürgerlichen Kinder ungestört unter Ihresgleichen. Da reist man in die Toskana statt in eine Bettenburg auf Mallorca. Da rettet ein weiteres Volksbegehren zu existentiellen Fragen wie der Offenlegung der Wasserverträge vor dem Politikverdross in der repräsentativen Demokratie.

Und weil wir das alles so gut verstehen, sind natürlich die Grünen unsere politischen Hauptgegner und ihre WählerInnen diejenigen, die wir in Konkurrenz zu den Grünen gewinnen müssen.

DIE GRÜNEN ALS BESITZSTANDSWAHRER

Die Grünen sind so stark, weil sie ihrer Klientel Antworten und Wärme geben. Aber es ist die Wärme der selbstgezimmer- ten Kollwitz- und Savignyplatzidylle. Es sind die Antworten des Besitzstandswah- rens für sich selbst und für die eigenen Kinder. Das ist so einfach wie es unsolidarisch ist.

Dagegen werden wir nicht ankommen. Es sei denn, wir vergessen die da unten, vergessen unsere eigentliche Aufgabe seit fast 150 Jahren. Gleiches Recht und Aufstiegschancen für alle zu erkämpfen. Für eine solidarische Gesellschaft zu streiten.

Immer dann, wenn die Menschen glaubten, dass wir für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität einstanden, dann konnten wir in Wahlen bestehen. Denn dafür wird die Sozialdemokratie gebraucht. Heute vielleicht mehr als je zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg. Und auch wenn wir uns persönlich in der Welt der Grünen wohler fühlen. Mit Empathie müssen wir für die Schwachen und Ausgeschlossenen streiten. Und das heißt am Ende auch: Wissend, dass es für viele von uns auch Verzicht und Veränderung bedeutet. Unsere Politik zielt auf die solidarische Stadt, auf die Vermittlung von Kollwitz- und Hermannplatz ab.

Darin lebt der Gedanke der Volkspartei. Volkspartei bedeutet nicht, es jedem Recht machen zu können. Volkspartei bedeutet: Ausgleich zwischen den Unterschieden im Interesse des Ganzen. Das können nur wir.

Robert Drewnicki □

Islamdebatte:

Die Furcht vor dem Untergang

Düstere Prognose von Hamed Abdel-Samad zur Zukunft des Islam

Schafft sich Deutschland gerade ab? Breitet sich ein aggressiver Islam immer weiter in Deutschland und Europa aus? Oder ist es im Gegenteil der Islam, der sich abschafft? Mit seiner Prognose „Der Untergang der islamischen Welt“ setzt Hamed Abdel-Samad, deutsch-ägyptischer Politikwissenschaftler und Mitglied der Deutschen Islam Konferenz, einen deutlichen Kontrapunkt in einer aufgeregten Debatte.

Die Fronten sind derzeit unübersichtlich. Die Frauenrechtlerin Alice Schwarzer kämpft gegen Kopftücher als Symbol der Unterdrückung durch den Islam, Rechtspopulisten mobilisieren gegen Moscheeneubauten. Noch-Sozialdemokrat Thilo Sarrazin treibt die Sorge um, die Deutschen könnten aussterben und islamische Zuwanderer würden dank höherer Geburtenrate das Land - oder gleich das ganze Abendland - übernehmen. Der Bundespräsident aus den Reihen der CDU hält die politische Korrektheit hoch: „Aber der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland“ - neben den christlich-jüdischen Wurzeln. Eine Aussage, für die er vor allem Kritik aus der CSU einstecken muss. Und die Kanzlerin stellt sich mit der Bemerkung hinter ihn, Maßstab für die Integration sei das Grundgesetz und nicht das islamische Recht - als ob da Zweifel bei Wulff herrschten. Andere CDU-Politiker werden mit der Aussage zitiert, der Islam sei nur willkommen, wenn er sich an der christlich-abendländischen Kultur ausrichte, wie auch immer das gehen soll. Linke Atheisten verteidigen wiederum die Religionsfreiheit.

UNKLARES BILD VOM ISLAM

Allen Tagen der Offenen Moschee zum Trotz ermöglicht auch das unklare Bild vom Islam derart vielfältige Reaktionen. Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung förderte im Oktober zutage, dass sich 58,4 Prozent der Bevölkerung - in Ostdeutschland sogar 75,7 Prozent der Aussage anschließen: „Für Muslime in Deutschland sollte die Religionsausübung erheblich eingeschränkt werden.“ Eine im Kern verfassungsfeindliche Forderung.

So wie die Rechtspopulisten ihr eigenes Bild vom Islam aus Zeitungsmeldungen über Steinigungen und Terrordrohungen entwerfen, so beliebig ist meist auch der Gegenentwurf und das Bild vom friedlichen Islam. Ein eigenständiger „europäischer Islam“ ist aber - zumal für Außenstehende - ebensowenig erkennbar.

Der Politikwissenschaftler Hamed Ab-

Hamed Abdel-Samad, Der Untergang der islamischen Welt, brotschiert, 240 Seiten, Verlag Droemer / Knaur, 2010, ISBN-10: 3426275449, ISBN-13: 978-3426275443



del-Samad hat jetzt in einer stimmigen und nachvollziehbaren Analyse all jene Probleme benannt, die den Islam heute als „rückwärtsgewandt und unfähig zur Reform“ erscheinen lassen. Er beschreibt die Schwierigkeiten, die sich aus dem Umgang mit dem Koran oder auch aus der Handhabung des Islam durch die Herrscherhäuser in den islamischen Staaten ergeben. Seine Einschätzung ist kein besserwisserischer Angriff von außen, keine Polemik „Ungläubiger“. Er erläutert vielmehr Entwicklungen, er wirkt als Dolmetscher zwischen den sich fremden Welten. „Eine asymmetrische Kommunikation und eine wechselseitige Paranoia bestimmen die Beziehung von Ost und West seit Generationen“, beschreibt er die Situation in seinem Blog.

ISLAMISCHE WELT AUF DEM RÜCKZUG

Seine Beobachtungen münden in einer düsteren Prognose, wenn sich nichts ändert: Er sagt den Untergang der arabisch-islamischen Welt voraus. „Wüste und Bevölkerung wachsen, Erdöl, Wasser und Nahrung werden immer knapper. Das ergibt ein explosives Gemisch, das jeden Nationalstaat schwächen muss. Der Staat wird das Gewaltmonopol verlieren, was zu Unruhen bis hin zur Anarchie führen kann. Hinzu kommt eine unversöhnliche Geisteshaltung gegenüber dem Westen und der modernen Wissenschaft, wie gegenwärtig in vielen arabischen Staaten zu beobachten ist.“

Die islamische Welt sieht er in die Defensive gedrängt - so erklären sich für ihn die Proteste gegen die in ihrer Wahrnehmung aggressive Macht- und Wirtschaftspolitik des Westens. Den Islam hält er nicht für

„mächtig“, er „befindet sich sowohl kulturell als auch gesellschaftlich auf dem Rückzug“. Religiös motivierte Gewalt, die zunehmende Islamisierung des öffentlichen Raums und das krampfhaft Beharren auf der Sichtbarkeit der islamischen Symbole hält er nur noch für „nervöse Reaktionen dieses Rückzugs“ (S.18).

WAS IST „DER“ ISLAM?

Hamed Abdel-Samad setzt sich mit „dem“ Islam auseinander. Und er rechtfertigt die Verallgemeinerung. In seinen Strömungen und Ausprägungen sei der Islam zwar heterogen, gesteht der Autor zu. Aber politisch seien diese Unterschiede irrelevant. „Wenn wir vom Islam sprechen, meinen wir nicht volkstümliche Erscheinungsbilder, sondern meist die politische Ideologie, die Geisteshaltung, die dem Glaubenssystem Islam zugrunde liegt.“ Zwar entwickeln sich in Ländern wie der Türkei, Indonesien und Malaysia Bildung und Wissenschaft gut, auch Anfänge „einer relativ fortschrittlichen islamischen Theologie“ seien erkennbar. Doch der Einfluss dieser Länder auf den Rest der islamischen Welt sei marginal. „Umgekehrt ist der Einfluss von Saudi-Arabien und Ägypten auf die Türkei, Indonesien und Malaysia ganz erheblich, was zur zunehmenden Rückbesinnung auf den Islam und einer deutlichen Zurücknahme vieler demokratischer Prozesse dort führt.“ (S.25)

Die islamische Gesellschaft ist erstarrt, so Hamed Abdel-Samads Befund, eine politische Reform sowie eine Reform des Islam liegen in weiter Ferne. Dazu tragen nicht zuletzt die Bildungssysteme bei, in denen nicht zu kritischem Denken sondern zu Loyalität erzogen wird. Hamed Abdel-Samad verweist dabei auf die Geschichtsbücher, die ganz nach Belieben Ereignisse ausblenden oder heroisieren, von der Entstehung des Islam über die Kreuzzüge bis zu heutigen Konflikten etwa zwischen Israel und Palästina. „In der modernen islamischen Geschichtsschreibung legt man viel Wert darauf, die Geschichte des Kampfes zwischen Ost und West religiös zu deuten und zu überhöhen.“ (S.36)

Was sind nun die Grundlagen des Islam? Hamed Abdel-Samad verweist darauf, dass die Konzepte von Dschihad und Scharia bis zu Mohameds Tod nicht konkretisiert waren. „Auch ein schriftlicher Koran lag erst zehn Jahre nach seinem Lebensende vor. Es waren Mohameds Nachfolger, die in einem rasanten Tempo die Gebiete um Ara-

weiter Seite 11

Fortsetzung von Seite 10

bien unter ihre Kontrolle brachten. Sie waren es, die den Koran kanonisierten und den Dschihad und die Scharia in einer Weise auslegten, die ihren Herrschafts- und Eroberungsstrategien entsprachen.“ (S. 57/58) Hamed Abdel-Samad stellt die Entstehung des Islam in den historischen Kontext und beschreibt die Anteile des Christen- und Judentums. „Obwohl der Koran bereits im achten Jahrhundert für die Denkschule Mutazila als erschaffen und nicht als ewig galt, war er ab dem neunten Jahrhundert heilig.“

ZWEIUNDSIEBZIG JUNGFRAUEN?

Was heute dem Koran zugeschrieben wird, sind so nicht selten Elemente, die durch das Herrschaftsstreben arabischer oder osmanischer Herrscher zugefügt wurden. Die Geschlechter-Apartheid, die in der arabischen Stammestradition verankert war, wurde, so beschreibt es Abdel-Samad, durch das türkische Harem-Denken verschärft. Dazu kommen Interpretationsprobleme. Hamed Abdel-Samad verweist auf eine philologische Studie des unter Pseudonym schreibenden Libanesen Luxemburg, der im arabischen Korantext syroaramäische Wort identifiziert, die mitunter falsch verstanden werden: „Das berühmteste Beispiel hierfür liefert Luxemburg mit dem Wort huri, das im Arabischen als die Jungfrau, die der gläubige Mann im Paradies zur Belohnung bekommt, falsch übersetzt wird. Im Syroaramäischen bedeutet huri weiße Trauben. Pech für die Selbstmordat-

tentäter, die sich zweiundsiebzig Stück davon erhoffen.“ (S. 119)

Kaum jemand aber traue sich, die Unantastbarkeit des Korans anzugreifen. Die sogenannten Reformen des Islam wagen sich nach wie vor nicht an die elementaren Probleme der Kultur und der Religion heran, so Hamed Abdel-Samads Vorwurf. Reformdebatten werden zwar häufig angestoßen, aber nie zu Ende geführt. Kaum jemand frage sich: „Gibt es möglicherweise einen Geburtsfehler in unserem Glauben?“

Ein Islam, der zum Gehorsam aufruft, kann so von arabischen Herrschern auch weiter instrumentalisiert werden, er ist nützlich in der Auseinandersetzung mit dem Westen angesichts einer tief verunsicherten islamischen Gesellschaft, die sich von den Vorzügen der Moderne gleichzeitig angezogen und abgestoßen fühlt.

Hamed Abdel-Samad diagnostiziert eine Lust an der Kränkung, eine Art Hassliebe gegenüber dem Westen in der islamischen Welt, einen funktionierenden Dialog zwischen Islam und westlicher Welt gibt es nicht. So wird auch jede Kritik von außen nur als Angriff verstanden, das Wissen um die gemeinsamen Grundlagen der Kultur fehlt. Erneuerung muss von innen kommen.

„Wer Muslime wirklich ernst nimmt, muss Islamkritik üben. Wer mit ihnen auf gleicher Augenhöhe reden will, sollte mit ihnen ehrlich sein, statt sie als Menschen mit Mobilitätsstörungen zu behandeln“, so Hamed Abdel-Samad.

Die meisten im Westen lebenden Muslime seien in keinen islamischen Vereinen

organisiert und, so Hamed Abdel-Samad, „sie spielen auch keine Rolle, weder bei der Öffnung des Islam Richtung Westen noch bei der Entschärfung der radikalen Tendenzen unter manchen Muslimen in der Fremde“. Es sei ihr gutes Recht, ihr Leben nicht islamisch interpretieren zu müssen. Allerdings ruft Hamed Abdel-Samad gerade sie zu einem anderen Umgang auch mit der Islamkritik auf. Allzusehr seien sie häufig damit beschäftigt, den Islam zu verteidigen und das Image des Islam in der Öffentlichkeit zu polieren, statt die wirklichen Probleme anzusprechen.

Nach dem 11. September 2001 habe es eine „Islamisierung der Migrantenproblematik“ gegeben. „Heute betonen mehr Muslime in Deutschland ihre muslimische Identität und legen Wert darauf, ihre religiösen Symbole in der Öffentlichkeit zu zeigen. Hinter dieser neuen Sichtbarkeit des Islam steckt aber nicht, wie häufig angenommen wird, die Omnipotenz des Islam, sondern eher eine wachsende Unsicherheit unter muslimischen Einwanderern. Ihre Haltung zu den Konflikten in ihren Heimatländern wird dadurch oft verkrampft.“ In der Diasporagesellschaft entstehe so eine „praxisferne Emotionalität“.

Hamed Abdel-Samad vermittelt neue Erkenntnisse über den Islam, er zeigt Perspektiven für Veränderungen auf, auch wenn er nicht viel Hoffnung dabei hat. Seine Analyse ist wohltuend sachlich. Aber sie geht nicht nur die islamische Gesellschaft an, sie kann auch eine Grundlage für einen veränderten Umgang Europas mit dem Islam darstellen. **Ulrich Horb** □

„Die Linke ernst nehmen“

Gesine Löttsch und Swen Schulz diskutierten Perspektiven einer Zusammenarbeit

„Die SPD tut gut daran, die LINKE ernst zu nehmen“, so eröffnete Swen Schulz die Veranstaltung „Rot-rot im Bund?“

20 Jahre Deutsche Einheit, diverse Regierungsbeteiligungen der Partei DIE LINKE auf der kommunalen und der Länderebene, seit 2001 ein rot-rotes Regierungsbündnis in Berlin. Die beiden Bundestagsabgeordneten Gesine Löttsch und Swen Schulz fanden, dass es Zeit sei, sich einmal zusammen zu setzen und die Perspektiven einer Zusammenarbeit im Bund auszuloten.

Bislang gehen beide Fraktionen im Bundestag ihre ganz eigenen Wege, auch dort, wo mitunter eine Zusammenarbeit nahe liegt. So stellen sie jeweils eigene Anträge ggf. mit sehr ähnlichem Inhalt. Allein an dieser Stelle sollte es zu mehr Normalität kommen und sollten interfraktionelle Anträge wie zwischen SPD und Bündnis 90 die Grünen durchaus üblich, auch möglich sein.



Podiumsdiskussion: Gesine Löttsch und Swen Schulz. Foto: Bachnick

Swen Schulz bedauerte, dass bei der Wahl des Bundespräsidenten die LINKE die Chance eines deutlichen Signals für eine Zusammenarbeit nicht genutzt hätte. Gesine Löttsch entgegnete, dass eine Wahl des rot-grünen Kandidaten aus verschiedenen Gründen kaum denkbar gewesen sei. Es gäbe aber bereits andere gute Beispiele einer fruchtbaren Zusammenarbeit, so in Hes-

sen, wo in der Übergangszeit zwischen Wahl und Neuwahl ein Bündnis aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE die Studiengebühren abgeschafft hatte oder eben jetzt in NRW, wo es entsprechend den politischen Übereinstimmungen in den jeweiligen Politikfeldern die Unterstützung der LINKEN geben werde.

Grundsätzliche politische Übereinstimmungen fanden die beiden MdBs auch in Politikfeldern auf der Bundesebene, so bei Bildungs- und Gesundheitspolitik. Beide wollen die Bürgerversicherung, den Atomausstieg und Mindestlöhne. Differenzen gibt es nach wie vor bei der Haushalts- und Außenpolitik.

Sowohl Gesine Löttsch als auch Swen Schulz bekräftigten, dass solche Gespräche wie in Lichtenberg den Weg zu einer Normalisierung der Gesprächskultur und somit auch zu einer Annäherung für eine mögliche Zusammenarbeit beitrügen.

Film:

In Generationen denken

Ein Dokumentarfilm zur Wasserversorgung zeigt die Probleme von Privatisierungen auf

Ein Dokumentarfilm über Rekommunalisierung? Uraufführung, Bali-Kino, anschließend Diskussion mit Aktivisten des Berliner Wassertischs? Woche der SPD? Eher pflichtbewußt als erwartungsfroh bin ich zu dieser Veranstaltung der Abteilung Dahlem geschlurft.

Spätestens als das Trinkwasser mit Chlor keimfrei gemacht wurde, dann auch in vernachlässigten Leitungen keimfrei floß und eine nette junge Französin von der privaten Wasserfirma dem leicht würgenden Kunden lächelnd riet, es einfach ein Weilchen stehen zu lassen, weil dann etwas vom Chlor verdunstet, war ich im Film. Leitungen kosten viel, amortisieren sich erst nach Jahrzehnten. Da ist es dann gewinnbringender, das Wasser und die Menschen zu verchloren. In Frankreich wird überall gechlort, wo kommunale Wasserbetriebe privatisiert wurden.

Es explodieren eben nicht nur die Preise nach Privatisierung. Aber auch das zeigt der Film natürlich mit vielen Beispielen. Wieso die Preise steigen, wenn man weniger in Leitungen investiert? Auch Chlor oder Ozonmischereien kosten. Vor allem aber gibt es viele Buchungstricks. Am besten gefiel mir persönlich das Beispiel, einen Wasserzähler binnen zwölf Jahren abzuschreiben, obwohl der doppelt solange hält und dem Wasserkunden ein Vierteljahrhundert in die Rechnung zu kalkulieren. Ich versteh die Franzosen, die nicht nur



Der Münchner OB und Präsident des Deutschen Städtetags bis 2009, Christian Ude, ist ein entschiedener Gegner der Privatisierung öffentlichen Eigentums

Foto: www.watermakesmoney.org

in Paris die privaten Profiteure aus der Wasserversorgung wieder entfernt haben. Unsere Partnerstadt Paris sorgt nun beispielsweise in Wasserschutzgebieten für ökologische Landwirtschaft, um den Nitratgehalt im Trinkwasser zu senken. Viele andere Städte befreien sich auch von den privaten Profiteuren.

In München ist das alles schon erreicht. Das Wasser kommt aus Gebieten mit zunehmend ökologischer Landwirtschaft durch intakte Leitungen, in denen nicht ein Viertel verloren geht, und ist ungechlort.

Dort ist die kommunale Versorgung nie privatisiert wurden. Der Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) erklärt im Interview, warum er in Generationen denken darf und nicht wie private Firmen in Quartalen, Renditen, Ratings denken muß.

Der Film läuft in ganz Europa und zeigt uns, warum Rot-Rot zu Recht in der geltenden Koalitionsvereinbarung die Rekommunalisierung der teilprivatisierten Berliner Wasserbetriebe fordert. Sollte man vor dem Landesparteitag zur Rekommunalisierung gesehen haben. Macht aber wütend. Titel: Water makes money - wie private Konzerne aus Wasser Geld machen. Wo und wann er läuft, kann man auf www.watermakesmoney.org feststellen.

Dr. Hans Willi Weizen ☐

Lesung:

Franz Müntefering: „Macht Politik!“

Auf Einladung der Arbeiterwohlfahrt Friedenau liest der ehemalige SPD-Vorsitzende Franz Müntefering am Montag d. 15. November 2010 aus seinem Buch „Macht Politik!“

Beginn ist um 19 Uhr in der Freizeitstätte Stierstr. 20 a (Nähe Rathaus Friedenau, Bus M 48 und M 85). Für musikalische Umrahmung und ein kleines Buffet ist gesorgt, der Eintritt ist frei. BS ☐

Buchtipps:

Von der Euphorie zur Stagnation

Städtebau in Berlin - Historischer Abriss von Harald Bodenschatz

„Kaum eine andere Stadt hat zu ihrer Städtebaugeschichte ein so gebrochenes und widersprüchliches Verhältnis wie Berlin“, sagt Harald Bodenschatz, Professor für Planungs- und Architektursoziologie an der TU Berlin, mit Blick auf knapp anderthalb Jahrhunderte Stadtentwicklung.

In seinem Buch reflektiert er die Wechselwirkung von Städtebau und Gesellschaft in Berlin, auch im Vergleich zu anderen Städten Europas. Dabei schlägt er facettenreich einen historischen Bogen von der preußischen Residenzstadt, über die Reichshauptstadt bis zur Bundeshauptstadt des wiedervereinigten Deutschlands.

Die Entwicklungen der Villenvororte und der Quartiere mit Mietskasernen im Kaiserreich kommen ebenso zur Geltung wie der Siedlungsbau in der Weimarer Repu-

blik, die Planungen für Monumentalbauten während der Hitler-Diktatur und die Vorbilderorientierungen im Nachkriegs-Berlin an die USA im Westteil und an die Sowjetunion im Ostteil.

Zur jüngeren Geschichte charakterisiert Bodenschatz den Berliner Städtebau aufschlussreich in drei Phasen. Die erste, 1990 - 1995, ist von Euphorie der Wiedervereinigung gekennzeichnet mit ihren Spekulationen und Großbauten, die zweite, 1995 - 1999, von einer Ernüchterung und die dritte Phase, seit 1999, von Stagnation. Die hinter den Bebauungen von Vierteln und Quartieren stehenden Ideen führen zu den jeweiligen gesellschaftspolitischen Zuständen ihrer Zeit.

Der historisch ausgerichtete Abriss über den Städtebau Berlin besticht durch seinen sehr anschaulichen Text und eine exzellen-

te Illustration mit aufschlussreichen Karten, sodass dieses Buch auch weit über ein Fachpublikum hinaus Leser finden wird.

Gunter Lange ☐



Harald Bodenschatz, Städtebau in Berlin, Schreckbild und Vorbild für Europa, DOM publishers, 2010, 140 Seiten, über 100 Abbildungen, 28 Euro, ISBN 978-3-86922-022-2

Zum Thema: Ausstellung Stadtvisionen 1910/2010 - Berlin, Paris, London, Chicago; TU-Berlin bis 10. Dezember 2010.

Geschichts-Talk:

Deutsch-deutsche Erfahrungen

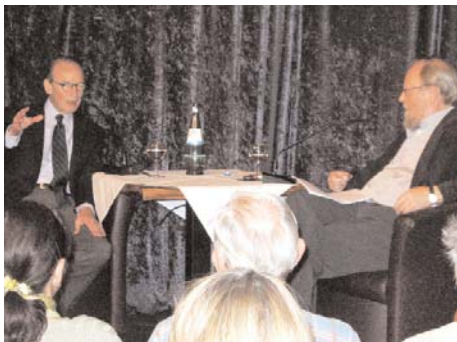
Zu Gast bei „Thierse trifft...“: Hans Otto Bräutigam

Einen passenderen Gast hätte es im zwanzigsten Jahr der deutschen Einheit zur Eröffnung der Herbst-Reihe von „Thierse trifft...“ kaum geben können: zu Gast war Hans Otto Bräutigam, ehemaliger Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin.

Der heute 79-jährige Hans Otto Bräutigam ist ein genauer Kenner der deutsch-deutschen Beziehungen: von den Konfrontationen und Verhärtungen in der Nachkriegszeit über die Normalisierung der Beziehungen in den 70er und 80er Jahren bis hin zur Wiedervereinigung.

Als wesentlichen Schritt zur Entspannung identifizierte Bräutigam die Neue Ostpolitik von Willy Brandt, die dem Leitgedanken „Wandel durch Annäherung“ folgte. An der Durchführung dieser neuen Politik war Bräutigam direkt beteiligt. In der Delegation von Egon Bahr erlebte er die Verhandlungen zum Berlin-Abkommen der vier Siegermächte (1972) und zum Grundlagenvertrag zwischen der BRD und der DDR (1973).

Doch mit Hans Otto Bräutigam traf Thierse nicht nur auf einen Gast, der die „große Politik“ begleitet hat. Denn in den 80er Jahren hatte Bräutigam als Leiter der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin auch mit den menschlichen Tragödien und den alltäglichen Brutalitäten der deutschen Teilung zu tun. Und er erlebte hier die un-



Hans Otto Bräutigam im Gespräch mit Wolfgang Thierse. Foto: Tobias Kraft

mittelbaren Auswirkungen und Erfolge der von Brandt eingeleiteten „Politik der kleinen Schritte“, deren Ziele vor allem die „menschlichen Erleichterungen“ und die Abmilderung der Folgen der Teilung waren.

In seiner Funktion als „Botschafter“ der Bundesrepublik in der DDR begleitete er 1987 Erich Honecker auf seinem Staatsbesuch in Westdeutschland. Auf dem Flug nach München unterhielt er sich mit Honecker, der ihm zufällig gegenüber saß. Sie konnten vom Flugzeug aus in der Ferne die Alpen erkennen. Da sagte Bräutigam zum Generalsekretär der SED ironisch-flapsig: „Wenn Deutschland denn schon geteilt ist, was ich sehr bedauere, Herr Generalsekretär, dann muss man doch feststellen, dass es nicht gerecht geteilt worden ist. Ein

Stück Alpen hätten auch die Ostdeutschen bekommen müssen.“ Honecker fand das gar nicht lustig, das Gespräch war beendet.

Gewissermaßen welthistorisches Pech hatte Bräutigam 1989. Nach sieben Jahren in Ost-Berlin wechselte er nach New York, als UN-Botschafter der BRD. Nur Monate später fiel die Mauer. Hätte Bräutigam diese unvorhersehbare Entwicklung geahnt, er wäre geblieben. Jetzt kehrte er freilich sofort rasch nach Deutschland zurück und wurde Ende 1990 Justizminister im Kabinett von Manfred Stolpe in Brandenburg, wo er unter anderem das Justizwesen neu aufbaute.

Seine Erinnerungen hat Bräutigam in einem sehr lesenswerten und gut lesbaren Buch festgehalten, das im vergangenen Jahr unter dem Titel „Ständige Vertretung. Meine Jahre in Ost-Berlin“ erschien. Wer mehr erfahren möchte, ist mit diesem Buch sehr gut beraten. **Tobias Kraft** □

Ehrung: Sportstadion nach „Texas-Willy“ benannt

An seinem 103. Geburtstag hat der Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg den legendären Kreuzberger Nachkriegsbürgermeister und langjährigen Sozialdemokraten Willy Kressmann („Texas Willy“) durch die Benennung der Sportanlage an der Katzbachstraße in „Willy-Kressmann-Stadion“ geehrt.

Willy Kressmann war von 1949 bis 1962 Kreuzberger Bürgermeister und einer der populärsten Politiker Berlins. Er gestaltete den Wiederaufbau der Stadt maßgeblich mit. Sein Engagement galt der Schaffung einer Verwaltung nah an den Bürgerinnen und Bürgern, dem Wohnungsbau im zerstörten Kreuzberg, der Wiederansiedlung von Unternehmen und vor allem dem Aufbau der sozialen Infrastruktur. Im Jahr 1951 weihte er das Katzbach-Stadion ein, das jetzt seinen Namen trägt. Kressmann war es, der Kinder und Jugendliche von der Straße holte, indem er Sportstätten und Spielplätze bauen ließ. Für Probleme im Bezirk war er nicht nur stets ansprechbar, er sorgte auch für Abhilfe. Mit seiner Partei kam es aufgrund seiner Eigenmächtigkeiten zum Zerwürfnis, 1962 wurde er abgewählt. Die Anfang Oktober erfolgte Namensgebung an der Katzbachstraße ist für den Friedrichshain-Kreuzberger Kreisvorsitzenden Jan Stöß Ausdruck eines differenzierteren Kressmann-Bildes: „Inzwischen sollten wir seine Verdienste für den Bezirk würdigen.“ **BS** □

Die Stadt bauen

Vor 125 Jahren wurde Martin Wagner geboren

Er hat Stadtgeschichte geschrieben, die heute noch sichtbar ist: Vor 125 Jahren wurde Martin Wagner in Königsberg/Ostpreußen geboren. 1918 wurde er zunächst Schöneberger, 1926 dann auch Berliner Stadtbaurat. In dieser Funktion war er u.a. gemeinsam mit Bruno Taut am Entstehen der Britzer Hufeisensiedlung beteiligt.

Während Baumeister Ludwig Ernst E. Hoffmann als Berliner Stadtbaurat von 1896 bis 1924 neue Entwicklungen in der Architektur verhinderte, hat Wagner sie zwischen 1926 bis 1933 bewusst gefördert. Er setzte dabei auf eine Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der Architektenvereinigung „Der Ring“, der neben ihm u.a. Ludwig Mies van der Rohe, Peter Behrens, Bruno und Max Taut oder Hans Scharoun angehörten.

Zu den wichtigsten Berliner Projekten Martin Wagners gehören neben der Hufeisensiedlung die Siedlung Lindenhof in

Schöneberg (1918/1919), Bauten in den Strandbädern Müggelsee, Wannsee, Köpenick und Zehlendorf oder die Großsiedlung Siemensstadt. Wagners Ansatz war es, „die Stadt zu bauen“ und nicht mehr nur „etwas in die Stadt“ zu bauen. Seine Bauten, die dem sozialen Wohnen verpflichtet waren, stehen heute zumeist unter Denkmalschutz oder wurden in die Unesco-Welterbe-Liste aufgenommen.

Im März 1933 von den Nazis aus dem Amt entlassen, ging Wagner 1935 in die Türkei, wo er städtebaulicher Berater der türkischen Regierung und der Stadt Istanbul wurde. 1938 erhielt er eine Professur an der Harvard Universität in Cambridge (Massachusetts), wo er 1957 starb, ohne noch einmal - wie er es sich nach dem Krieg eigentlich gewünscht hatte - in sein altes Amt als Stadtbaurat zurückkehren zu können. **BS** □

Trotz alledem

Heinz Selke für 60 Jahre Mitgliedschaft geehrt

Am 19. September feierte die Abteilung 12 der SPD Friedrichshain-Kreuzberg („Petersburger Kiez“) die 60 jährige Mitgliedschaft ihres Genossen Heinz Selke in der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Heinz trat 1950 der SPD Friedrichshain bei, einem Jahr in dem sie im Ostteil der Stadt infolge der vollzogenen Zwangsvereinigung mit der KPD (die damit ebenfalls liquidiert wurde) bereits offiziell nicht mehr existierte.

Zwar gab es noch für mehrere Jahre ein Büro der SPD am Boxhagener Platz (heute Bäckerei) und 1952 zog mit dem damaligen Friedrichshainer Kreisvorsitzenden Kurt Neubauer sogar ein SPD-Abgeordneter aus Friedrichshain in den Bundestag, aber das bedeutete keineswegs, dass man als Sozialdemokrat unbehelligt von der SED-Bürokratie für seine politischen Interessen ein-

treten konnte. Tausende Schicksale verfolgter, schikaniertes, bis in die Kinder- und Enkelgeneration benachteiligter Familien von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten legen davon Zeugnis ab. Mit dem Bau der Mauer wurden alle Kreisbüros aufgelöst, wer sich heimlich traf, riskierte die Bearbeitung durch die Stasi.

Umso mehr sind wir heute stolz mit Heinz einen Genossen unter uns zu wissen, der mit anderen gemeinsam seine Mitgliedschaft nach dem Mauerfall 1989 in der damaligen Abteilung 2 wieder aufleben ließ und bis heute ein liebenswerter treuer Weggefährte ist. **Axel Zutz** □



Heinz Selke.

Aus Datenschutzgründen nicht in der Internetversion enthalten

TERMINE

■ 30.10.2010, 15:30, Konzert „Peter und der Wolf“, Kammermusiksaal der Berliner Philharmonie, Herbert-von-Karajan-Str. 1, 10785 Berlin mit Wolfgang Thierse als Sprecher. (siehe Seite 7)

■ 31.10.2010, 15:00, SPD Treptow-Köpenick - AG Kultur, **Finissage - Zwischenstopp: Fantastische Figuren - Geschöpfe - Kreaturen**, SPD Kreisbüro Treptow-Köpenick - Gartenhaus, Grünauer Str. 8, 12557 Berlin. Mit der Prager Künstlerin Michaela Bartanova.

■ 01.11.2010, 19:30 Uhr, **Klaus Wowereit: Kulturpolitik für Berlin**, Landesvertretung Bremen, Hiroshimastraße 24, 10785 Berlin-Tiergarten. Das Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie lädt ein zur nächsten Veranstaltung seiner Reihe „Die Rede“.

■ 02.11.2010, 18:30 **Neuer Flughafen für Berlin - Neuer Lärm für Steglitz-Zehlendorf?** SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Seenplatte, Aula des Dreilindengymnasiums, Dreilindenstraße 49, 14109 Berlin, mit Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer, Ralf Kunkel, Pressesprecher der Berliner Flughäfen, Martin Schlegel, Verkehrsreferent des BUND Berlin

■ 02.11.2010, 19:30, **Wolfgang Thierse trifft ... Salomea Genin**, Autorin von „Ich folgte den falschen Göttern. Eine australische Jüdin in der DDR. Kulturbrauerei, Soda-Salon, Knaack- oder Sredzkistraße, 10435 Berlin.

■ 02.11.2010, 19:00, **Was bedeutet das Sparpaket der Bundesregierung für Berlin?** Berlins Finanzsenator Dr. Ulrich Nußbaum im Gespräch mit Swen Schulz, Kulturhaus Spandau, Mauerstraße 6, 13597 Berlin

■ 04.11.2010, 18:00 Uhr, Abteilung Lichterfelde Ost und Süd: „**Unterwegs im Lichterfelder Kiez**“, Treffen und lockeres Beisammensein in der Gaststätte „Bahnhofs-Wirtschaft“ am S-Bahnhof Lichterfelde Ost, Ausgang Jungfernstieg

■ Samstag, 6. November 2010, Der Stolper-

POST AN DIE BERLINER STIMME

ANTWORT AUF SWEN SCHULZ

Berlin ist Vorreiter! Kein Ärger über die verschleierte Frauen. Wir tolerieren sie! Tägliches Einkaufen bei Türken! Regelmäßiges Genießen im türkischen Cafe!

Und das alles, obwohl der Koran es verbietet: Sure 5, Vers 52 lautet: „Oh ihr Gläubigen, nehmt Euch keinen Juden oder Christen zum Freund! Wenn Ihr das tut, seid Ihr wie sie! Allah schützt kein ungehorsames Volk!“ Sind wir in Berlin nicht schon vorbildlich?!

Rüdiger Hitzgrath, 13347 Berlin-Wedding

steine B 96 e.V. lädt ein: **Tagesfahrt Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen**, Treffpunkt: 9.15 Uhr, Bahnhof Friedrichstraße (S1 Oranienburg), Die Führung beginnt um 11.00 Uhr. Die Kosten übernimmt der Stolpersteine B 96 e.V. Die Fahrt ist mit einem BVG-Ticket für den Tarifbereich C möglich. Anmeldungen bitte per Mail an: info@stolpersteineB96.de oder telefonisch unter 0172 445 09 56

■ 09.11.2010, 19:30, **Wolfgang Thierse trifft ... Sr. Dr. Lea Ackermann**, Bankkauffrau, Theologin, Pädagogin, Ordensschwester und Gründerin des Frauenprojektes „SOLWODI“ (Solidarity with women in distress). Kulturbrauerei, Soda-Salon, Knaack- oder Sredzkistraße, 10435 Berlin, Der Eintritt ist frei!

■ 10.11.2010, 16:30 - 18:30, airberlin: **Drehkreuz BBI und Arbeitsplatzentwicklung**, Fachausschuss Mobilität bei Air Berlin PLC & Co. Luftverkehrs KG - Eingang Haus 4, 6.OG (Klingel: Political Affairs), Riedemannweg 58, 13627 Berlin. Es können 30 Personen teilnehmen. Anmeldung bitte per E-mail bis zum 05.11.2010 bei sybille-uken@t-online.de

■ 12.11.2010, 20:00, **Konzertbesuch: „Polnisches Requiem“ mit der Berliner Singakademie** mit Kulturforum Stadt Berlin / Berliner Stimme, Philharmonie Berlin, Herbert-von-Karajan-Str. 1, 10785 Berlin, (siehe Seite 16)

■ 13.11.2010, 09:30, **Landesparteitag der Berliner SPD**, Seminaris Campus Hotel, Takustr. 39, 14195 Berlin

■ weitere Termine unter www.spd-berlin.de/termine

Thierse trifft... die Autorin Salomea Genin

Am Dienstag, den 2. November, trifft Wolfgang Thierse die Autorin Salomea Genin.

Kaum eine Biografie spiegelt die wechselhafte deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts wie die Salomea Genins: 1932 als Kind osteuropäischer Juden in Berlin geboren, flieht sie 1939 mit ihrer Mutter und Schwester nach Australien. 1954 kehrt sie als überzeugte Kommunistin zurück, um in der DDR ein besseres, antifaschistisches Deutschland aufzubauen - die DDR ließ sie aber nicht ins Land. Erst 1963 - zwei Jahre nach dem Mauerbau - darf sie in die DDR übersiedeln.

Der Lebensweg Salomea Genins spiegelt exemplarisch die Widersprüche der DDR-Gesellschaft. Von einer glühenden Anhängerin der SED wurde sie zu einem Teil der Bürgerbewegung. Sie wurde von einer Kommunistin zur Jüdin - so hat Salomea Genin selbst ein mal ihr Leben in der DDR beschrieben.

Das Leben Salomea Genins ist voller Brüche wie die deutsche Geschichte auch - es verspricht also ein sehr interessanter Abend zu werden. **PM ☐**

➡ 2. November 2010, 19.30 Uhr (Einlass ab 19.00 Uhr), Soda-Salon in der Kulturbrauerei Prenzlauer Berg, (Eingang Knaackstr. oder Sredzkistr.).

ABI-Termine

■ **Sa 20. November 2010, 10-17 Uhr. Vielfalt gestalten - Diversity für die ehrenamtliche politische Arbeit.** „Managing Diversity“ bedeutet, Unterschiedlichkeit und menschliche Vielfalt als gesellschaftliches Potenzial wertzuschätzen und zu fördern, dabei Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu entdecken und diese als Chance zu begreifen. Der Workshop lädt die Teilnehmenden dazu ein, ihre eigenen Erfahrungen einzubringen und neue Handlungsmöglichkeiten für den konstruktiven Umgang mit Vielfalt und Konfliktsituationen zu erarbeiten.

➡ Leitung: Judy Gummich, Vinzenz Fengler, Berlin Wedding, Beitrag 10 € inkl. Verpflegung und Getränke, Anmeldung bis 8. November, Veranstaltung P36 unter www.august-bebel-institut.de oder per Telefon unter 030/4692-121.

■ **Sa 20. November 2010, 10-14 Uhr, Workshop »Linke Lebensläufe«:** Von wegen »Männerdomäne«! In unserer »Werkstatt Linke Lebensläufe« werfen wir einen aufmerksamen Blick auf die Biografien Berliner Sozialdemokratinnen, ihr Wirken

in und ihren Einfluss auf Politik und Stadt. In den Jahren des Wiederaufbaus nach 1945 setzten sich Frauen mit aller Kraft für die Bedürfnisse der Bevölkerung und für die Schaffung demokratischer Strukturen ein, fanden sich in der Berliner SPD so starke wie interessante Persönlichkeiten wie Louise Schroeder, Ella Kay, Ida Wolff oder Edith Krappe zusammen. Aber auch die Entwicklung Berlins der folgenden Jahrzehnte wurde maßgeblich gestaltet von Frauen wie Irene Fleischhauer, Eleonore Lipschitz, Ilse Reichel-Koß oder Erika Heß. Wir wollen diskutieren: Hat ein weiblicher »Linker Lebenslauf« andere Merkmale als ein Männlicher? Müssen bei dessen Erforschung andere Fragen gestellt werden? Gilt das für Protagonistinnen der Gegenwart noch genauso wie für die Zeit vor 60 Jahren?

➡ Leitung: Ingo Siebert, Geschäftsführer des ABI, und Daniela Honigmann, Historikerin (M.A.), Referentinnen: Barbara Stolterfoht, Staatsministerin a.D., u.a., Sa 20. November 2010 10-14 Uhr in Berlin Wedding, Beitrag 5 € (Förderer/-innen) bzw. 10 €, Anmeldung bis 17. November, Veranstaltung P81

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Absatz für Absatz

„Mörderische Schwestern“ laden zum 1. Berliner Frauenkrimifestival

Mit einem spitzen Absatz werben die Mitglieder der Krimiautorinnenvereinigung „Mörderische Schwestern“ für das 1. Berliner Frauenkrimifestival, das vom 18. bis 21. November stattfindet. Dass sie sich auch auf das Formulieren von Absätzen verstehen, machen sie auf einer Vielzahl von Lesungen deutlich.

Auf sechs großen Lesungen präsentieren die Mörderischen Schwestern ihre Texte. Höhepunkte sind eine Ladies Crime Night mit Tombola und Big Band und ein Krimi-Lesemarathon mit Frühstücksbuffet.

Die Ladies Crime Night (Freitag, 19.11., 20 Uhr, Alte Pumpe, Lützwowstr. 42) ist ein von den Mörderischen Schwestern entwickeltes Lesungsformat: 15 Autorinnen lesen im Wettlauf gegen die Zeit: 15 Krimis, die das gesamte Krimigenre abdecken, ein Countdown, der die Lesezeit auf sechs Minuten je Lesende begrenzt. Geschichten von schaurig bis schön, von traurig bis tödlich.

Der Krimi-Marathon am Sonntag, d. 21. November begleitet ein ausgiebiges Frühstück im Restaurant Alte Pumpe. Zu appe-



Festival-Logo der Mörderischen Schwestern.

titlichen Häppchen am Buffet gibt es Krimi-Leckerbissen nonstop: von 10:00 bis 14:00 Uhr lesen rund 15 Autorinnen aus ihren Romanen und Geschichten. Anschließend stellen Jugendliche die Ergebnisse eines Workshops zum Thema Film und Krimi vor. Ergänzt wird das Frauenkrimifestival von einem Jugendworkshop und einer Fortbildung für Krimiautorinnen. **BS** □

➡ mehr Informationen unter www.13schwwestern.de

Tierisch böse

Kriminacht in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus

Nur wenige Tage nach dem 1. Berliner Frauenkrimifestival, am 26. November, kommen fünf der Autorinnen wieder zu einer Kriminacht in die Galerie im Kurt-Schumacher-Haus. Ihr Motto diesmal: „Tierisch böse!“

Der Mord an einem Huhn endet für gewöhnlich im Backofen. Andere Tiere verstehen es besser, sich ihrer Haut zu wehren. Oder ihre Herrchen und Frauchen greifen ein... Beobachtungen, denen die Autorinnen Andrea Gerecke („Futtermeid“), Susanne Rüter („Die gefährlichste Frau der Stadt, oder von einer, die auszog, die Bau-

Hyäne zu fangen“), Anja Schreiber („Der Stofftiermord“) Kristina Herzog („Miez, Miez“) und Heidi Ramlow („Matjes nach Hausfrauenart“) in ihren Geschichten nachgehen.

Organisiert wird die Lesung von der Berliner Stimme, dem vorwärtsBerlin und dem Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie. Beginn ist um 19.30 Uhr in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Der Eintritt ist frei, um Spenden wird gebeten. **BS** □

➡ Um Anmeldung wird gebeten unter: www.spd-berlin.de/kriminacht

KULTURTIPPS

Konzertbesuch. Die BERLINER STIMME, der vorwärtsBerlin und das Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokraten laden ein zu einem Besuch im Konzert der Berliner Singakademie am 12. November. Auf dem Programm steht jetzt das „Polnische Requiem“ von Krzysztof Penderecki.

Gemeinsam mit dem Philharmonischen Chor Berlin und dem Konzerthausorchester Berlin sowie namhaften polnischen Solisten führt die Berliner Singakademie dieses Werk im Rahmen ihrer Gedenkkonzerte am Freitag, dem 12. November um 20 Uhr im Großen Saal der Philharmonie Berlin auf. Das Werk ist in Teilen zu verschiedenen Anlässen komponiert und in seiner endgültigen Gesamtfassung erst 1993/94 entstanden. Es reflektiert als „musica sacra“ die Leiden des polnischen Volkes im 2. Weltkrieg, nimmt aber auch die Erfahrungen der Zeit der kommunistischen Herrschaft und des Kriegsrechtes sowie die Entstehung der Gewerkschaft „Solidarnosc“ auf. Um 19 Uhr findet im Südfoyer ein Einführungsvortrag mit Prof. Frank Schneider statt.

➡ ermäßigte Karten können noch bis zum 1. November reserviert werden unter www.spd-berlin.de/singakademie2, telefonisch unter 4692 150 (Berliner Stimme).

„Cafetin del Sur“, eine Tango-Collage aus Musik, Tanz, Gesang und Rezitation von Hans-Henner Becker, nimmt die Zuschauer mit auf eine kleine Reise nach Buenos Aires in den Stadtteil Barracas. Dort gibt es ein altes CAFETIN. Der deutschsprachige Kellner zitiert aus einem alten Heft seines eingewanderten Großvaters Tangotexte. Musiker, Sänger und Tänzer, die das Cafetin regelmäßig besuchen, begleiten ihn dabei. **BS** □

➡ 27. und 28. November, UFA-Fabrik, Variété-Salon, Berlin-Tempelhof, Viktoriastr., Beginn jeweils 20 Uhr. Kartenvorbestellungen: (030) 755 030